

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at



Bitte zu Tisch!

Heiße Kartoffel Klimaschutz – wer ist am Zug und warum?

Coverstory / 6

Schluss mit heißer Kartoffel!

Klimapolitik ist Verteilungspolitik: Nur mutige Politik kann die Wende schaffen.

Interview / 18

Volksbegehren: Klimaschutz

Katharina Rogenhofer mahnt: Vielleicht haben wir weniger Zeit als gedacht.

Reportage / 28

Der gute Wandel

Klimaschutz bringt mehr Lebensqualität für alle. Drei Frauen erzählen davon.



18

Interview

Die Leiterin des Klimavolksbegehrens, Katharina Rogenhofer, über Zukunftsaussichten und wie wichtig es ist, öffentliche Interessen in der Gesetzgebung zu verankern.



28

Reportage

Eine klimafreundliche Welt kann nicht nur die Erde aufatmen lassen, sondern auch die Menschen. Drei Frauen erzählen vom Plus an Lebensqualität.

Schwerpunkt

Gerechter Wandel

Zwei internationale Beispiele zeigen, dass Klimaschutz nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen muss.

12

Wichtige Impulse

Ob Büroausstattung, Fahrgemeinschaften oder Speisepläne: wie der Betriebsrat zum Klimaschutz beitragen kann.

14

Hitzefrei statt hitzetot

Studien zeigen: Der Klimawandel wird Städte künftig besonders hart treffen. Darauf muss sich die Arbeitswelt einrichten.

16

Nachhaltige Triebfeder

BetriebsrätInnen können im Aufsichtsrat bei Neuausrichtungen von Konzernstrategien einen wesentlichen Beitrag leisten.

22

Erneuerbare Ziele?

Um das Ziel von 100 Prozent Ökostrom zu erreichen, müssen die Förderungen grundlegend reformiert werden.

26

Die Klimaschutzbremse

Mit der geplanten Schuldenbremse wird eine Politik einzementiert, die einer fortschrittlichen Klimapolitik im Wege steht.

34

Steuern mit Steuern

Über die CO₂-Steuer wird heftig diskutiert. AK und Gewerkschaften fordern ein ökologisch gerechteres Steuersystem.

36

Fundament oder Ablasshandel

Ist der Emissionshandel wirklich dazu geeignet, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu reduzieren?

38

Geht Mobilität ohne Klimaschäden?

Besonders im öffentlichen Verkehr braucht es eine Trendumkehr, damit weniger Menschen auf das Auto angewiesen sind.

40

Wo der Kies sprießt und blüht

Flächenversiegelung und Monokulturen verdrängen Lebensraum. Was für manche praktisch wirkt, gefährdet das Klima.

42



Coverstory

Die Verantwortung für den Klimaschutz wird ständig herumgereicht. Klimapolitik ist Verteilungspolitik. Mutige Politik ist gefragt, um eine Wende herbeizuführen.

Standards

Historie: Arbeitszeit und Klimawandel	4
Standpunkt: Mutige Jugend, mutlose Politik	5
Statistiken: Die Klimaschutzmilliarde	24
Frisch gebloggt	44
Nicht zuletzt – von Josef Muchitsch	45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller **markierten** Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: sonja.adler@oegb.at
Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Cynthia Fadenberger, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Romana Brait, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Oliver Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Vera Lacina, Heinz Leitsmüller, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Valentin Schwarz, Georg Sever, Josef Thoman, Christina Wieser, Michael Wögerer, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat), Thomas Jarmer (Artdirektion & Grafiken), Nicola Skale (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Christian Bunke, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Dorothea Herzele, Sylvia Leodolter, Michael Mazohl, Josef Muchitsch, Brigitte Pellar, Michael Robausch, Christian Resei, Henrike Schaum, Christa Schlager, Zoran Sergievski, Michael Soder, Christoph Streissler, Christina Wieser, Florian Wukovitsch

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Arbeitszeit und Klimawandel

Der Klimawandel stellt die kapitalistische Gesellschaft vor ähnliche Herausforderungen wie einst die Folgen der Industrialisierung.

Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Kuczynski setzt sich immer wieder mit dem Spannungsverhältnis zwischen kapitalistischer Wirtschaft, Situation der ArbeitnehmerInnen und der Natur auseinander. Auch anlässlich der Klimakonferenz 2009 verwies er auf die Gefahr, die vom Klimawandel für das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft ausgeht, und stellte sie in eine Reihe mit der Gefahr des Auseinanderbrechens der Gesellschaft durch die Ausbeutung der Arbeiterschaft in der ersten Phase der Industrialisierung. Wie damals, so Kuczynski, als die englischen UnternehmerInnen schließlich den Widerstand gegen menschlichere Arbeitszeiten aufgaben, sei der Kapitalismus auch heute flexibel genug, sich neu zu orientieren, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen:

Im antiken Griechenland, in Kleinasien und Oberitalien wurden die Wälder abgeholzt... Die Folgen ließen nicht auf sich warten. ... Die Abholzung der brasilianischen Regenwälder wird sehr viel katastrophalere Folgen haben, nicht auf den Einzelnen gerechnet, sondern für die gesamte Menschheit. ... Es ist nicht Unwissenheit, die die Menschen zu solchem Verhalten treibt, sondern ihre Produktionsweise, die auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtet ist. Das sich ... abzeichnende Scheitern der Klimakonferenz von Kopenhagen wird vor allem darauf zurückzuführen sein, dass den Beteiligten die dringend notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz zu teuer sein werden. ... Die Situation erin-

nert in gewisser Weise an den Kampf um den Normalarbeitstag im 19. Jahrhundert. Damals erklärten die englischen Unternehmer, dass mit einer Verkürzung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden ihnen alle Gewinne genommen würden ... Die Folgen der ... Arbeitszeitverlängerung waren aber unübersehbar und so entstanden die ersten gesetzlichen Bestimmungen über den Maximalarbeitstag, und zwar nicht so sehr auf Druck der Arbeiter, sondern durch den einfachen Erhaltungstrieb der kapitalistischen Gesellschaft: ... die erstmals mit dem Arbeitsgesetz von 1833 von Staats wegen verordnete Arbeitszeitverkürzung zwang die Unternehmer, den also verkürzten Arbeitstag beträchtlich zu intensivieren und über Methoden der Produktivitätserhöhung nachzudenken, erzwang auf diese Weise technischen Fortschritt.

Viele Menschen hoffen, dass durch den Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen fast automatisch eine gerechtere Gesellschaft erzwungen wird. Das ist nicht zu erwarten. Als nach dem Zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau Europas angesagt war und gleichzeitig die Vorteile der westlichen Marktwirtschaft im Kalten Krieg mit dem Kommunismus betont werden sollten, bekam der Sozialstaat seine Chance. Die Marktwirtschaft war bereit, dafür Einschränkungen ihrer Freiheit hinzunehmen, bis die Ideologie des „freien Marktes“ wieder für das Profitmachen nützlicher schien. So ähnlich dürfte es sich auch wieder im Zusammenhang



© Ullstein-Bilderdienst Berlin (1969)

„Unisphere“, das Wahrzeichen der New Yorker Weltausstellung 1965, Symbol des Aufbruchs zur neuen Globalisierung, aber auch für die Erfahrung aus Weltwirtschaftskrise und Weltkriegen, dass grundlegende Probleme nicht national zu lösen sind. Der Klimawandel ruft dies wieder ins Bewusstsein.

mit dem Klimawandel abspielen. Für die Gewerkschaften kann das eine neue Chance sein, um dem Ziel eines guten Lebens für alle näher zu kommen, die Aufgabe, ständig wachsam zu bleiben, wird aber mehr denn je bestehen.

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar

brigitte.pellar@aon.at

Mutige Jugend, mutlose Politik

Standpunkt



Sonja Fercher
Chefredakteurin
Arbeit&Wirtschaft

Es ist nicht die erste Meldung, die mich – gelinde gesagt – gewundert hat. Die Bildungsministerin der Übergangsregierung, Iris Rauskala, erklärte zum Thema Schulstreik für den Klimaschutz: Die Kinder mögen bitte in die Schule gehen, denn der Bildungsauftrag Klimaschutz könne auch in der Schulzeit erbracht werden.

Die Aussagen von Rauskala sind geradezu symptomatisch dafür, wie oberflächlich die Diskussionen über Klimapolitik geführt werden: Man beschäftigt sich nicht mit dem Hauptschauplatz, sondern mit Nebensächlichkeiten, diese aber werden dafür umso emotionaler diskutiert. So als würde man bei einer Statue, deren Hand in eine Richtung weist, nur den Zeigefinger betrachten, statt den Blick dorthin zu richten, wohin dieser zeigt.

Worauf zeigt denn nun dieser Zeigefinger, den die Jugend so vehement erhebt? Er will aufzeigen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Das Problem: Obwohl wir das alle längst wissen, machen wir so weiter wie bisher. Die angeblich so weise unsichtbare Hand des Marktes wird es schon richten, behaupten wirtschaftsliberale PolitikerInnen unverdrossen. Fakt aber ist, dass genau dieser Markt uns in diese Lage gebracht hat. Profit gegen billige Preise und versteckte Ausbeutung: So lautet die Formel, mit der sich das momentane System am besten zusammenfassen lässt. Zu diesem System gehört auch die Masse oder Monokultur. Bestes Bei-

spiel dafür ist die Nahrungsmittelindustrie in Österreich. Ob bei Rinder- oder Schweinefleisch: Es wird mehr produziert, als verbraucht wird. Das Bild, wonach in Österreich die LandwirtInnen alle in kleinen Betrieben in schwierigem Gelände wirtschaften würden, ist nicht mehr als das: ein geschöntes Werbesujet für die Tourismusindustrie. Diese Betriebe gibt es freilich auch, doch sie konkurrieren bei den KonsumentInnen mit den großen Landwirtschaftsbetrieben – und können entsprechend nur schwer mithalten.

Gestaltungswille

Das Beispiel Landwirtschaft ist sogar noch in einer anderen Hinsicht aufschlussreich. Denn von der oft bemühten Marktwirtschaft kann hier nicht die Rede sein. Vielmehr steckt der Staat viel Geld in diesen Sektor. Dagegen ist ja auch grundsätzlich nichts einzuwenden, denn regional produzierte Waren sind eben auch klimafreundlicher. Es braucht also politischen Gestaltungswillen, hier erneut regulierend einzugreifen.

Nur passt ebendieser politische Gestaltungswille nicht zur Logik des Neoliberalismus. Dieser setzt auf Privatisierung und Profite. Bestes Beispiel dafür ist die Bahn: Sie ist nicht rentabel, also muss gesparrt oder privatisiert werden – und so geschah es denn auch. Die Folge: Auf kleineren Linien gibt es entweder gar keinen Busverkehr mehr, weshalb die

Menschen aufs Auto umsteigen mussten; oder aber private Anbieter übernahmen die Strecken, nur dass die Tickets so teuer sind, dass sie für die tägliche Mobilität nicht mehr infrage kommen. Nun sind die ÖBB gar nicht schlecht aufgestellt, sodass Bahnfahrten in Österreich für viele Strecken in der Tat eine Alternative ist. Und man ist durchaus einfallreich: Mit „Rail and Drive“ kann man immerhin auch in nicht von Bahn oder Bus erschlossene Gebiete kommen.

Die große Frage muss lauten: Warum muss die Bahn eigentlich rentabel sein? Ist es nicht vielmehr eine sinnvolle öffentliche Infrastruktur, und zwar in sozialer wie in klimapolitischer Hinsicht? Denn wer Öffis nutzen kann, muss nicht so viel Geld in die Mobilität stecken, sondern kann auch mal für Biolebensmittel mehr ausgeben. Diese wiederum schmecken nicht nur besser und sind gesünder – wenn sie nicht in der Masse produziert werden, sind sie auch deutlich klimafreundlicher. Was also fehlt, ist der politische Wille, öffentlichen Verkehr massiv auszubauen.

Zurück zu den „Fridays for Future“: Als würde es den jungen Menschen darum gehen, einen Bildungsauftrag zu erfüllen. Denn was soll ihnen das bringen, wenn die Welt zerstört wird, in der sie das Erlernte anwenden könnten? Und wie sinnvoll ist dieser Bildungsauftrag, wenn die Verantwortlichen, die diesen definiert haben, nicht das Nötige tun, um die Erde zu schützen?

Schluss mit der Heiße-Kartoffel-

Momentan wird die Verantwortung für den Klimaschutz ständig herumgereicht. Um dem Klimawandel nachhaltig vorzubeugen, braucht es eine andere Wirtschaftslogik. Und: Klimapolitik ist Verteilungspolitik. Denn gerade wer ein geringeres Einkommen hat, verhält sich wenig klimaschädlich. Dafür leidet diese Gruppe am stärksten unter den Folgen. Mutige Politik ist gefragt, um die Wende herbeizuführen.

Es war einer dieser symbolischen Zufälle, wie sie der Alltag oftmals besser zusammenbringt als jede Satire. Der Juni 2019 neigte sich dem Ende zu und Europa ächzte unter einer zu dieser Jahreszeit noch nie dagewesenen Hitze. Die DemonstrantInnen der „Fridays for Future“ hatten damit weiteren Rückenwind erhalten, den sie sich in dieser Form sicherlich kaum gewünscht haben. Just zu dieser Zeit passierte in der deutschen Hauptstadt Berlin etwas anderes: Die Größen der deutschen Automobilindustrie gaben sich ein Stelldichein bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auf der Tagesordnung: die Rettung der Automobilindustrie. Und diese hielt die Hände auf: Man brauche Subventionen, um den Umstieg auf die E-Mobilität zu schaffen, den man in den vergangenen Jahren schlichtweg verschlafen hat. Die Regierung zeigte sich nur allzu bereit, kein Wunder, hängen doch gerade an der deutschen Automobilindustrie unzählige Arbeitsplätze – und somit auch in Österreich als Zuliefererland.

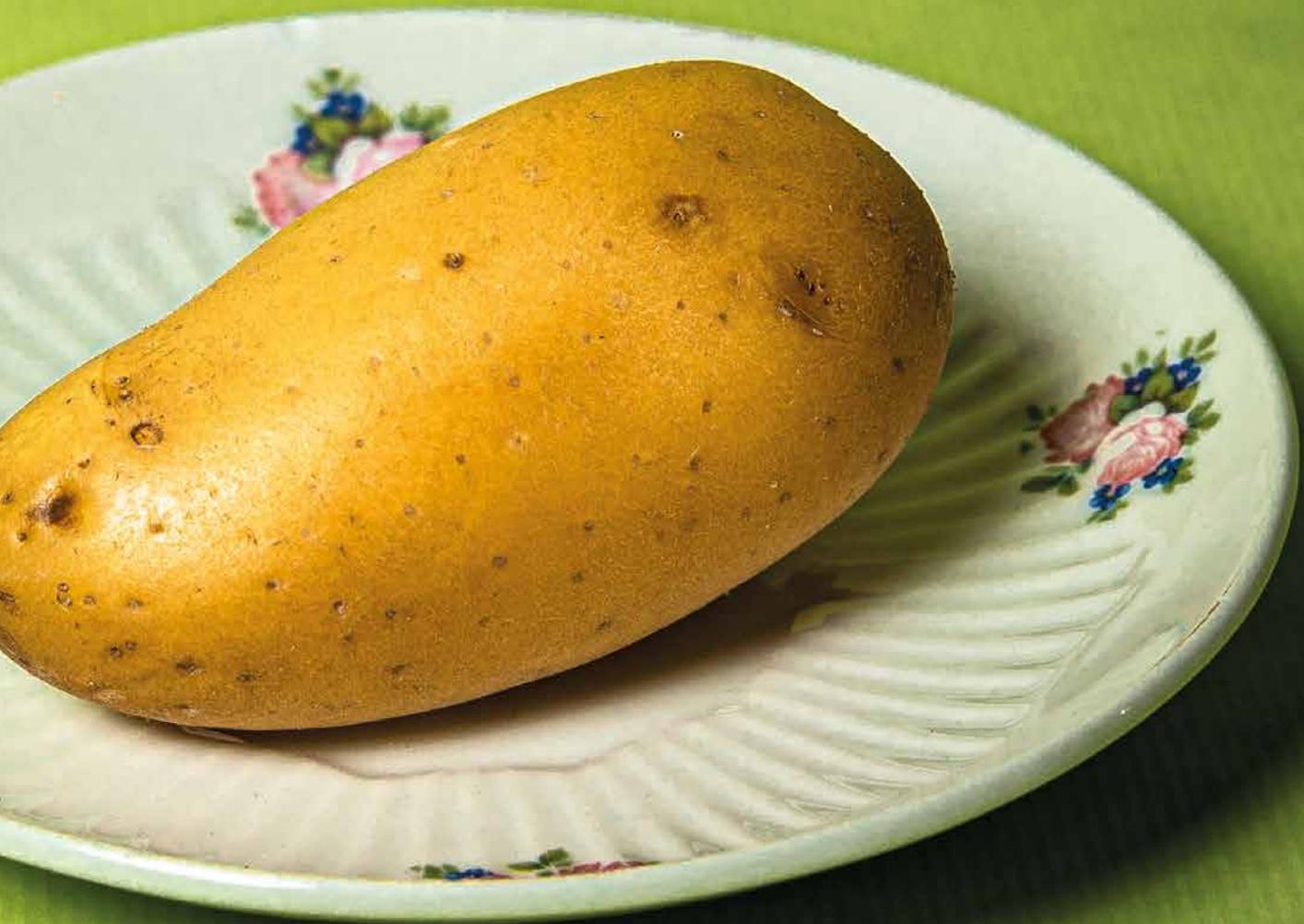
„Diese E-Mobilitäts-Debatte ist verantwortungslos“, ärgert sich Politikwissenschaftler Ulrich Brand. Denn die große Hoffnung, dass E-Mobilität einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne, ist jedenfalls fragwürdig. Denn es ist zumindest kurzsichtig, auf eine Technik zu setzen, die weiterhin darauf beruht, Ressourcen auszubeuten, die endlich sind: „Alle wissen, dass **Lithium** als Grundstoff für Batterien weltweit nicht reicht, vielleicht noch 15 oder 20 Jahre, wenn man die Flotte komplett umstellen würde“, hält Brand fest. „Aber dann ist der Rohstoff auch weg – und was machen wir dann?“

Für den Politikwissenschaftler steht die Debatte exemplarisch dafür, dass in der Klimadebatte Grundfragen nicht gestellt werden: „E-Mobilität ist die Fortführung des jetzigen Modells. Dabei wird auf ein Riesenproblem nur eine partielle Antwort gegeben.“ Für ihn geht es nicht um die Frage: E-Mobilität – Ja oder Nein? Vielmehr müsse man verstehen, dass es die bestehende Wirtschafts-



-Politik!

Text Sonja Fercher, Fotos Michael Mazohl
Produktion Thomas Jarmer



logik ist, die uns überhaupt erst in diese schwierige Lage gebracht hat. Sich damit zu konfrontieren ist freilich unbequem – und es ist auch eine Machtfrage.

Deshalb ist es wohl nicht zufällig so, dass die Verantwortung für den Klimaschutz momentan herumgereicht wird wie die sprichwörtliche heiße Kartoffel: Die PendlerInnen seien schuld, weil sie dorthin gezogen sind, wo es keine Öffis gibt. Die KonsumentInnen seien schuld, weil sie Geiz eben geil finden. Die Industrie (inklusive der industriellen Landwirtschaft) sei schuld, weil sie Profite über alles stellt. Die Politik sei schuld, weil sie sich mit den Mächtigen nicht anlegen will. Nun, in all dem steckt das berühmte Körnchen Wahrheit, und doch ist die Welt natürlich komplexer.

Klimaschutz ist eine Verteilungsfrage

Zahlen gibt es sehr viele, und es ist nicht immer leicht, den Überblick zu bewahren. Klar ist aber, dass vier Bereiche für die meisten CO₂-Emissionen verantwortlich sind: Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft. Was den Verbrauch von Privatpersonen betrifft, so zeigen Berechnungen der britischen NGO Oxfam auf, wie sehr Klimaschutz eine Verteilungsfrage ist. Denen zufolge konsumiert klimaschädlicher, wer mehr Geld hat. Rund die Hälfte aller Emissionen werden von den reichsten 10 Prozent verursacht. Die Dimensionen sind nur schwer zu fassen: Der CO₂-Fußab-

druck der reichsten zehn Prozent ist zehnmal so groß wie jener der unteren 50 Prozent. Jener des reichsten Prozent ist 277-mal so groß wie jener der ärmsten 10 Prozent.

AK-Verteilungsexperte Matthias Schnetzer bestätigt auch für Österreich, „dass die über das Konsumverhalten verursachten CO₂-Emissionen mit steigendem Einkommen zunehmen“. Dies habe eine Studie der Wiener Wirtschafts-Uni ergeben. Der AK-Experte kann auch mit Erklärungen aufwarten, warum dem so ist: „Mit steigendem Einkommen steigen auch die absoluten Konsumausgaben, also die Euro, die in den Konsum gesteckt werden. Die Konsumerhebung der Statistik Austria zeigt, dass die höheren Einkommensschichten einen deutlich höheren Teil ihres Konsums für Verkehr, aber auch für Freizeit und Hobbys ausgeben (können) als die unteren.“ Andere Datenquellen wiederum würden die Vermutung nahelegen, dass die unteren Einkommen deutlich öfter mit den Öffis unterwegs sind. „Oben steigt der Kfz-Anteil, aber auch jener der Flugreisen“, hält Schnetzer fest. Somit wird auch deutlich, dass insbesondere jene Menschen, die es sich leisten können, durch eine Veränderung ihrer Konsumgewohnheiten einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnten.

Für Politikwissenschaftler Ulrich Brand es ist wichtig, die Analyse nicht auf die Oberschicht zu beschränken:

„Jetzt haben die schon wieder ein neues Auto, sollten wir nicht auch ein neues kaufen? Jetzt haben die ein noch größeres Auto, sollten wir nicht auch ein größeres haben?“

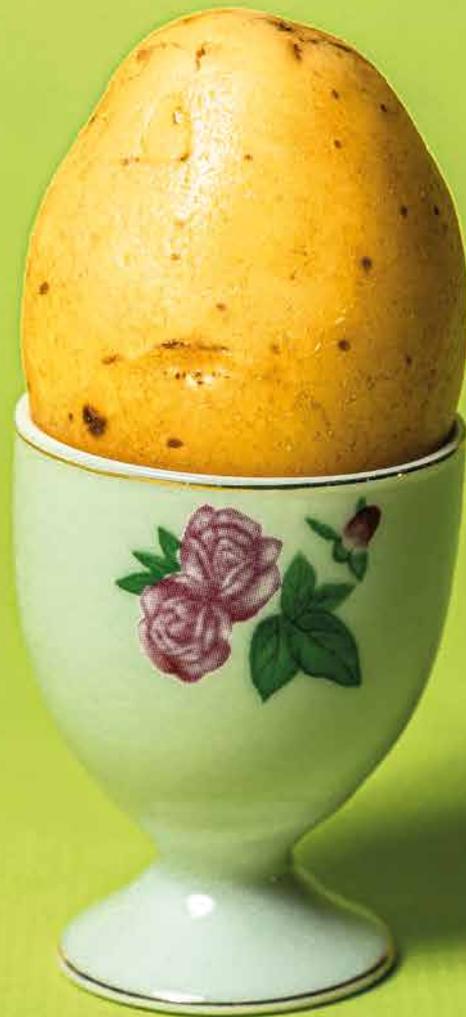


„Man muss immer auch die Mittelschicht dazunehmen, sonst verkennt man viel“, betont er. Denn von Bedeutung ist der Statuskonsum, der auf alle ausstrahlt. Freilich gibt es in der Mittelschicht viele Menschen, die sich bemühen, umweltschonend zu leben. Aber es gibt auch eine andere Gruppe, „die ganz aggressiv schaut, dass sie sechsmal im Jahr ihren Kurzurlaub macht, und denen der Status wichtig ist“, beobachtet Brand. Und eben dieser Status wird durch Vergleiche definiert, ob mit NachbarInnen, FreundInnen, Familie oder ArbeitskollegInnen. „Jetzt haben die schon wieder ein neues Auto, sollten wir nicht auch ein neues kaufen? Jetzt haben die ein noch größeres Auto, sollten wir nicht auch ein größeres haben?“ So beschreibt der Politikwissenschaftler einen Gedankengang, der wohl vielen Menschen vertraut ist, wobei sich das Auto durch andere Produkte wie Handy, Fernseher oder Computer ersetzen lässt oder aber durch diverse Fernreiseziele.

Ein Teufelskreis

Die Globalisierung hat nicht nur dem Mittelstand in Europa oder Nordamerika Wohlstandsgewinne beschert, sondern auch in Ländern wie China oder Brasilien. Dies ist wohl auch einer der Gründe, weshalb sich der Klimawandel zuletzt so beschleunigt hat. Denn der gestiegene Wohlstand wiederum geht mit Konsumgewohnheiten einher, die klimaschädlich sind. Und diese Konsumgewohnheiten wiederum stabilisieren ein Wirtschaftssystem, das Ulrich Brand gemeinsam mit seinem Kollegen Markus Wissen mit dem Begriff „imperiale Lebensweise“ beschreibt (siehe auch Heft 6/2019 „Einmal rund um die Welt“). Darunter fassen sie all diese Aspekte des heutigen Wirtschaftssystems zusammen, und sie weisen darauf hin, wie sehr die einzelnen Aspekte ineinandergreifen und einander geradezu bedingen.

Diese Lebensweise beruht auch darauf, dass viele Produktionsschritte in andere Teile der Welt ausgelagert werden. Dies wird gerne als internationale Arbeitsteilung verharmlost. Oder aber man spricht abstrakt von der Wertschöpfungskette, was ebenfalls verschleiert, dass Menschen aus anderen



„Wenn wir über Wohlstand sprechen, müssen wir über Kapitalismus sprechen. Und dieser hat kein Wohlstandsversprechen für alle.“

Ulrich Brand, Politikwissenschaftler



Die Technik wird's schon richten? Statt über Sensoren zur Reduzierung von Spritz- und Düngemitteln in der Landwirtschaft müssen wir über Alternativen nachdenken, die gar nicht erst so viel Chemie brauchen.

Regionen der Welt die Drecksarbeit erledigen, wobei die Verschmutzung ihrer Umwelt oftmals billigend in Kauf genommen wird. So zynisch es klingen mag, aber der positive Nebeneffekt der Globalisierung ist, dass viele Produkte hierzulande billig sind, was wiederum gerade Menschen zugutekommt, die wenig Geld zur Verfügung haben.

Die Gewinnung von Ressourcen für die Akkus, mit denen E-Autos betrieben werden, ist dafür ein Beispiel. Ein anderes Beispiel liefert die Landwirtschaft. Anfang August ließ der **Weltklimarat** aufhorchen: Laut dem von ihm vorgelegten Sonderbericht ist die Nahrungsmittelproduktion für ein Viertel der menschengemachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Eine wichtige Rolle dabei spielt die industrielle Landwirtschaft, die erst die günstigen Preise für Lebensmittel ermöglicht. Für die Umwelt aber ist sie ein Problem, denn sie laugt die Böden aus und sorgt mit ihren großen Monokulturen für enormen Bedarf an Chemie. Für die Fleischindustrie wiederum werden riesige Mengen an Soja importiert, für das momentan der Regenwald in Brasilien gerodet wird.

Ein weiterer problematischer Aspekt sind Freihandelsabkommen. An sich kann Freihandel bzw. die zugrunde lie-

gende Vorstellung einer internationalen Arbeitsteilung eine gute Sache sein. Die Realität ist aber leider, dass er zur Ausbeutung von menschlichen wie natürlichen Ressourcen beiträgt. Das Freihandelsabkommen etwa, das zwischen EU und den Mercosur-Staaten nun vorliegt, wird nicht umsonst folgendermaßen zugespitzt: Sie kaufen die in Europa produzierten Autos, dafür kaufen wir Soja und Fleisch von ihnen. Welche negativen Konsequenzen ein solch fragwürdiger Tauschhandel haben kann, zeigen die mutwilligen Rodungen im brasilianischen Regenwald.

Wenige gewinnen, viele profitieren

Kurzum: Es gibt durchaus einige GewinnerInnen der aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise. Allerdings gibt es auch unzählige VerliererInnen. Denn es ist eine Illusion, dass die Globalisierung Wohlstand für alle bringt. „Wenn wir über Wohlstand sprechen, müssen wir über Kapitalismus sprechen. Und dieser hat kein Wohlstandsversprechen für alle“, hält Politikwissenschaftler Brand fest. „Er ist wegen seiner expansiven Logik durchaus in der Lage, für manche Wohlstand zu schaffen. Nur ist die Frage, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen. Wenn wir über Globalisierung

sprechen, wäre immer meine Frage: Zu welchen Bedingungen findet sie statt?“, so Brand. Diese Bedingungen müssen entsprechend gestaltet werden. Genau dafür können sich etwa Freihandelsabkommen sehr wohl eignen – wenn sie denn als solches Instrument genützt werden.

Das Problem mit dem Klimawandel aber ist: Naturphänomene halten sich nicht an politische Grenzen. Allerdings ist es nicht so, dass sie alle Menschen gleichermaßen betreffen. Vielmehr sind die Folgen des Klimawandels ungleich verteilt, was sich auch für Österreich belegen lässt. Die Statistik Austria hat untersucht, wie die ÖsterreicherInnen die Umweltsituation einschätzen. „Für alle Umweltbereiche gilt, dass armutsgefährdete Personen diese deutlich schlechter einschätzen als alle anderen Einkommensgruppen“, erläutert AK-Experte Schnetzer. „Je höher das Einkommen ist, desto mehr Haushalte schätzen die Umweltsituation als gut ein.“ Dies hat mehrere Ursachen, eine davon ist sicherlich die Wohnsituation. Denn wer weniger Einkommen zur Verfügung hat, wohnt öfter in Gegenden, in denen die Umweltbelastungen etwa durch Verkehr höher sind. „Global sehen wir eine Entkoppelung: Die oberen Einkommenschichten verursachen mehr CO₂-Emis-

sionen, aber die niedrigeren sind mehr von den Umweltbelastungen betroffen“, so der AK-Experte.

Zurück zu jenem heißen Junitag in Berlin und zur Frage der E-Mobilität. Für Ulrich Brand ist die Strategie der Automobilindustrie nur allzu durchsichtig. „Es ist ein Managementkampf, um die Profitraten zu halten, und nicht, um das Modell umzustellen“, befürchtet er vielmehr. Hält man sich die immer größer werdenden Autos vor Augen, die von den Bändern ebendieser Branche rollen – in Zukunft könnten Pick-ups die ohnehin schon immer riesiger werdenden SUVs ablösen –, so kommen in der Tat Zweifel auf, wie ernst man es mit der Nachhaltigkeit meint. Denn ressourcenschonend sind sie allein schon aufgrund ihrer Größe keinesfalls. Zusätzlich machen sie breitere



lebt und systematisch das Auto bevorzugt wird; wenn man für gute Lebensmittel ins Reformhaus gehen und mehr bezahlen muss, weil der gute, ökologische Lebensmittelstandard nicht überall die Regel ist.“

„Wenn die Wiener Stadtregierung sagen würde:
Der Klimawandel zwingt uns dazu, den
Lobautunnel nicht zu bauen oder auf die dritte
Flughafenpiste zu verzichten – dann fangen
Menschen an, darüber nachzudenken:
Muss ich so viel fliegen? Macht es nicht mehr
Sinn, den Bahnverkehr auszuweiten?“

Ulrich Brand, Politikwissenschaftler

Straßen und größere Parkplätze nötig, und das wiederum bedeutet weniger dringend benötigte Grünflächen. Und selbst wenn sie in Zukunft alle elektrisch betrieben sind: Von einer 100-prozentigen Abdeckung mit Ökostrom kann keine Rede sein – und das, obwohl der Energieverbrauch weltweit weiter im Steigen ist.

Mehr Urlaub bei Bahnfahrt

Umso mehr ist die Politik gefordert. Diese müsste die Rahmenbedingungen dafür herstellen, um sowohl nachhaltiges Wirtschaften als auch nachhaltiges Konsumieren voranzutreiben. Momentan werden Menschen nämlich auch in diese imperiale Lebensweise hineingezwungen, wie Ulrich Brand kritisiert: „Wenn man am Land

Alternativen könnten eine soziale und ökologische Infrastruktur sein, wie dies von der AK vorangetrieben wird, findet Brand. Es könnte ein Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr sein bzw. zum Ausstieg aus der individuellen Automobilität. Es könnten auch individuelle Anreize sein. Ulrich Brand nennt als Beispiel: Wer mit der Bahn in den Urlaub fährt, bekommt einen Urlaubstag zusätzlich.

„Die Politik muss mutig sein!“, fordert der Politikwissenschaftler. Denn nur so könne man auch die Menschen mitnehmen, sodass auch sie ihre Gewohnheiten ändern und so manche Dinge hinterfragen. Die Politik müsse – auch mit vielleicht symbolischen Schritten – voranschreiten: „Wenn die Wiener Stadtregierung sagen würde: Der Klimawandel

zwingt uns dazu, den Lobautunnel nicht zu bauen oder auf die dritte Flughafenpiste zu verzichten – dann fangen Menschen an, darüber nachzudenken: Muss ich so viel fliegen? Macht es nicht mehr Sinn, den Bahnverkehr auszuweiten?“

Zugleich müsse man sich Konzepte überlegen, wie man jenen Beschäftigten neue Jobmöglichkeiten eröffnet, die in klimaschädlichen Branchen arbeiten und deren Arbeitsplatz im Zuge des ökologischen Umbaus auf dem Prüfstand stehen könnte. Hier nimmt Brand auch die Gewerkschaften in die Pflicht: Diese dürften sich nicht in Abwehrkämpfen etwa beim Kohleausstieg oder in der Automobilindustrie verlieren, wie er dies bei manchen deutschen Gewerkschaften beobachtet. Vielmehr müssten sie sich offensiv neue Konzepte überlegen.

Die richtige W-Frage

Zugleich müssten sich Gewerkschaften endgültig davon verabschieden, im Wachstum das Allheilmittel auch für die gerechte Verteilung zu sehen. „Der neoliberale Kapitalismus ist stark gewachsen in den 1990er-Jahren, aber er hat die Verteilungsschere vergrößert“, hält Brand fest. „Die primäre Frage ist das Wohlstandsmodell. Und die Wohlstandsfrage zu stellen heißt zu hinterfragen, wie viel Macht die starken transnationalen Akteure über die Schaffung unseres Wohlstands haben sollen: Stichwort industrielle Landwirtschaft, Stichwort SUVs, Stichwort Handys und Stichwort Kleidung aus Kambodscha. Das sind aus meiner Sicht die entscheidenden Fragen, die in den Gewerkschaften zu wenig thematisiert werden.“

All dies sind nicht nur soziale Fragen, vielmehr sind sie mit dem Klimaschutz eng verbunden. Der Rekord-Juni und weitere Rekordmeldungen seither haben deutlich gemacht, dass der Klimawandel nicht erst in ferner Zukunft stattfinden wird – er ist schon da. Höchste Zeit also für eine mutige Politik – gesetzt den Fall natürlich, dass es einem mit dem Klimaschutz wirklich ernst ist.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at



Gerechter Wandel

Klimaschutz muss nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Zwei internationale Beispiele geben Hinweise, worauf es dabei ankommen kann.

Michael Soder und Florian Wukovitsch
Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Im Pariser Klimaabkommen haben sich fast alle Staaten der Welt im Dezember 2015 dazu bekannt, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die nunmehr zügig erforderliche sogenannte Dekarbonisierung der Wirtschaft wird auch die Arbeitswelt fundamental verändern. Schon die EU-Klimaziele bis 2030 werden nicht ohne einen grundlegenden und kostenintensiven Umbau des Energiesystems zu erreichen sein. Bereits im November 2018 hat die Europäische Kommission darüber hinaus in einer Mitteilung erste Szenarien zur Diskussion gestellt, die aufzeigen sollen, wie Europa bis 2050 klimaneutral werden könnte. Dabei wird auch gewürdigt, dass der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern nicht zuletzt eine soziale Herausforderung bedeutet und für die Be-

schäftigten mit Chancen und Risiken verbunden ist.

Große soziale Herausforderung

Offensichtlich ist, dass die Bewältigung der Klimakrise keine rein technologische Herausforderung, sondern im Kern eine Frage sozialer Gerechtigkeit ist. Weitgehend offen ist jedoch, wie im aktuellen politisch-ökonomischen Kontext Ansatzpunkte für einen gerechten Übergang (Just Transition) in eine postfossile und ressourcenschonende Gesellschaft aussehen. „Just Transition“ wurde nicht zuletzt im Zusammenhang mit den internationalen Klimaverhandlungen ein Leitbegriff der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere der Internationale Gewerkschaftsbund und seine Vorläuferorganisationen bemühten sich seit Beginn der internationalen Klimapolitik darum, die Interessen von Arbeitneh-

merInnen in den Verhandlungsprozess einzubringen. Im Vordergrund steht dabei zwar die Problematisierung von negativen Auswirkungen, die Klimawandel und -politik auf Beschäftigte haben können. Die Herausforderungen des Strukturwandels und seine Effekte auf Beschäftigungs- und Lebensbedingungen werden aber auch umfassender thematisiert.

Noch relevanter scheint heute jedoch die gewerkschaftliche Thematisierung von Beschäftigungs-, Verteilungs- und Machtfragen auf Ebenen unterhalb der internationalen Klimapolitik. Insbesondere auf nationaler, aber auch auf europäischer und lokaler Ebene gilt es sicherzustellen, dass der Kampf gegen den Klimawandel im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestaltet wird. Nur wenn im Rahmen von klima- und energiepolitischen Strategien und Plänen Vorsorge getroffen wird, dass die Transformationskosten gerecht verteilt werden, kann

die Unterstützung der avisierten Dekarbonisierungspfade durch eine breite Bevölkerungsmehrheit sichergestellt werden. Auch die AK bezieht sich daher in ihren Positionen zur Klima- und Energiepolitik zunehmend auf die Diskussion zu „Just Transition“. Neben Stellungnahmen zu den einschlägigen Vorhaben der österreichischen Bundesregierung hat die AK Anfang 2019 mit Gewerkschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft auch ein gemeinsames Verständnis von „Just Transition“ veröffentlicht.

Darin wird gefordert, dass die Prozesse hin zu einem postfossilen Zeitalter auf allen Ebenen demokratisch gestaltet werden müssen. Im Zentrum stehen die Gewährleistung guter Arbeits- und Lebensbedingungen sowie von leistbarer Energie und Mobilität. Umstrukturierungen in der Produktion und der Arbeitswelt dürfen weder zulasten der Beschäftigten in den betroffenen Sektoren noch zulasten der Umwelt oder von Menschen in anderen Regionen gehen. Dafür braucht es eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie geeignete Maßnahmen auf betrieblicher Ebene. Eine zentrale Voraussetzung für „Just Transition“ ist ein gut ausgebauter Sozialstaat.

Was bedeutet das in der Praxis?

Die Lösung der Klimakrise erfordert einen umfassenden Wandel in der Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren. Angesichts dieser weitreichenden Veränderungen wird nur eine neue Form der Politik den notwendigen Wandel gestalten können. So ist die Lösung der Klimakrise keine rein umwelt- oder energiepolitische Frage, sondern auch eine sozial-, struktur- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung. Praxisinitiativen, die im weitesten Sinne der Idee einer „Just Transition“ folgen, denken daher unterschiedliche Politikfelder immer zusammen. Einige internationale Beispiele geben bereits Hinweise, welche Instrumente und Prozesse einen gerechten Übergang in eine postfossile Wirtschaft fördern können.

Kanada: raus aus der Kohle

Kanada plant, bis 2030 aus der Erzeugung von Strom aus Kohle auszusteigen

und im Jahr 2030 90 Prozent der Elektrizität aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Um eine möglichst breite Beteiligung an diesem Prozess zu gewährleisten, hat die kanadische Regierung 2018 beschlossen, eine Task-Force aus Gewerkschaften, Wissenschaft, NGOs, Unternehmen und VertreterInnen lokaler Politik einzurichten. Diese Task-Force soll Informationen sammeln und aufbereiten und den Dialog mit Regionen suchen, die besonders stark vom Strukturwandel betroffen sein werden, den der Kohleausstieg mit sich bringt.

Ziel ist, die grob 42.000 in der Kohleindustrie beschäftigten ArbeitnehmerInnen direkt im Strukturwandel zu unterstützen. Dabei sollen nicht nur jene Mittel identifiziert und bereitgestellt werden, die zur Abfederung von Arbeitsplatzverlusten nötig sind. Gemeinsam mit den betroffenen Kommunen soll die Task-Force auch Bündel an Maßnahmen entwickeln, die dazu beitragen, die sozialen Auswirkungen der Strukturpassung bestmöglich abzumildern. Ein derartiger Maßnahmenmix kann aus folgenden Elementen bestehen: Schulungs- und Qualifizierungsangeboten, öffentlichen Mitteln für die Klima- und Energieforschung sowie Unterstützungen für die Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energiequellen. Ein breiter Beteiligungsprozess soll sicherstellen, dass der Strukturwandel mit durchdachten arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Maßnahmen aktiv im Interesse der ArbeitnehmerInnen gestaltet wird.

Ägypten: geteilte Last

Die Regierung Ägyptens entschied sich im Juli 2014 zu einer Reform der Treibstoffsubventionen, was zu beträchtlichen Preiserhöhungen führte. Angesichts der Erfahrungen mit dem vorangegangenen Arabischen Frühling entschloss sich die Regierung aber zu einer Vorgehensweise, die sie als „geteilte Last“ bezeichnete. So führte die Regierung vor und während der Reform der Treibstoffsubventionen Maßnahmen ein, die darauf abzielten, die absehbaren sozialen Auswirkungen abzumildern: Es wurden nicht nur Subventionen für Nahrungsmittel ausgeweitet, um die steigenden Lebensmittelpreise für sozial schwache Gruppen abzufedern. Als

Kurzfristmaßnahme wurden auch Militärbusse als kostenlose Transportmittel bereitgestellt. Daneben wurden Steuern auf Kapitalerträge und Vermögen erhöht.

Selbst wenn die breite Akzeptanz des konkreten Maßnahmenbündels sicher auch der politischen und sozialen Situation in Ägypten geschuldet ist, so ist der Fall doch ein Lehrbeispiel für andere Kontexte: Er zeigt nämlich, dass die sozial- und steuerpolitische Einbettung einer Verteuerung fossiler Energieträger potenzielle Widerstände bereits im Vorfeld auflösen kann. Dazu ist aber eine klare Kommunikationsstrategie der Regierung vonnöten, die die sozial gerechte Ausgestaltung energie- bzw. klimapolitischer Maßnahmen nicht nur thematisiert, sondern auch nachvollziehbar erklärt.

Ein erstes Fazit

Strukturwandel ist in den modernen Ökonomien ein vertrautes Phänomen. Neu ist aber, dass der Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise nunmehr aktiv und international akkordiert gestaltet werden muss, um die Klimakatastrophe vielleicht doch noch einmal abzuwenden. Die beiden internationalen Beispiele zeigen, dass eine sozial gerechte Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen möglich ist. Es braucht dazu nicht zuletzt politischen Willen, die breite Einbindung in den politischen Prozess auf unterschiedlichen Ebenen sowie eine kluge Verknüpfung aller relevanten Politikfelder wie Energie-, Klima-, Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik.

Just Transition / Klimaschutz
demokratisch gestalten:
tinyurl.com/y2qwcveg

Internationales Institut für nachhaltige Entwicklung (IISD) – auf der Suche nach dem gerechten Übergang: Beispiele aus der ganzen Welt:

tinyurl.com/yxe98yby

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren
michael.soder@akwien.at
florian.wukovitsch@akwien.at

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Wichtige Impulse

Ob Büroausstattung, Fahrgemeinschaften oder Speisepläne – BetriebsrätInnen haben viele Möglichkeiten, aktiv zum Klimaschutz beizutragen.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Rund 33.000 Euro pro Jahr zahlte das Krankenhaus „Göttlicher Heiland“ für Mineralwasser auf den Stationen. „Dann haben wir auf Leitungswasser umgestellt“, erzählt Betriebsratsvorsitzender Gerald Mjka. „Das geschah ursprünglich aus Kostengründen, denn anlässlich von Gehaltsdiskussionen wollten wir zeigen, dass man auch anders als beim Personal sparen kann.“ Dass damit auch die Umwelt geschont wird, war ein positiver Nebeneffekt. „Zusätzlich waren unsere AbteilungshelferInnen froh, dass sie keine Plastikflaschen-Träger mehr schleppen mussten.“ Von diesem „Win-win-win-Effekt“ motiviert, entstand die Idee für ein „grünes“ Krankenhaus. Angestrebt ist wöchentlich ein fleischloser Tag in der Kantine. Mjka, Vorsitzender des Fachbereichs Gesundheit bei vida, ist selbst kein Vegetarier, „aber ein Tag ohne Fleisch in der Kantine muss doch möglich sein“. Er hat auch schon Ideen von Beschäftigten aus anderen Abteilungen gesammelt, etwa zur Reduktion von Wegwerfprodukten: „Mir gefällt die Idee, dass die Impulse zum grünen Krankenhaus direkt von den KollegInnen aus den verschiedenen Bereichen kommen. 2020 soll's losgehen.“

Einsparungen sind auch in so sensiblen Branchen wie dem Gesundheitsbereich möglich: Durch **Contracting** werden effiziente Energie- und Heizanlagen finanziert, effizientes Beschaffungswesen und Abfallmanagement nützen der Umwelt und senken Kosten. In Kärnten hat sich die Landeskrankenhausbetriebsge-

sellschaft KABEG Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben. Ein Klinikneubau wurde von der Initiative klimaaktiv ausgezeichnet, der Einkauf wurde nachhaltiger durch regionale Nahrungsmittelbeschaffung über ein spezielles Beschaffungsportal.

KOHLENDIOXID REDUZIEREN. Die meisten Treibhausgase entstehen durch Verkehr und Industrie. Während einige dieser Treibhausgase seit dem Kyoto-Basisjahr 1990 deutlich reduziert wurden, sind die CO₂-Emissionen weltweit gestiegen – vor allem aufgrund des Verkehrs. Theoretisch gibt es in fast jedem Betrieb noch Potenzial, die CO₂-Bilanz zu verbessern. Die Möglichkeiten sind zahlreich:

ENERGIEEFFIZIENZ. Auch wenn im österreichischen Strommix (Wasserkraft, thermische Kraftwerke etc.) der Anteil an erneuerbaren Energieträgern relativ hoch ist, so wird mit jeder Kilowattstunde auch CO₂ freigesetzt. Nur bei der Herstellung von reinem Ökostrom entstehen keine CO₂-Emissionen. Energiesparen zahlt sich aber immer aus. Denn Ressourcen werden auch für die Errichtung von Windrädern oder Solarzellen verbraucht, und damit entstehen Treibhausgase.

Nach wie vor schlummert etwa in Österreichs Büros großes Stromsparpotenzial. Laut offizieller Statistik könnten durch Verhaltensänderungen und/oder den Einsatz effizienterer Geräte Strom einsparungen von bis zu 70 Prozent erreicht werden.

Eine Möglichkeit ist der Umstieg auf **LED-BELEUCHTUNG**. Denn auch wenn im

Handel keine althergebrachten Glühbirnen mehr erhältlich sind, so stecken viele von ihnen noch in den österreichischen Lampen. Das EU-Projekt „Premium Light Pro“ (www.premiumlightpro.at) unterstützt professionelle AnwenderInnen bei der Umstellung auf energieeffiziente LED-Beleuchtung. Nach zehn Jahren betragen die Gesamtkosten vor allem wegen des geringen Energieverbrauchs nur etwas mehr als ein Viertel gegenüber dem Einsatz von Glühlampen. Positiver Nebeneffekt: LED-Lampen geben deutlich weniger Wärme ab.

Jeder Klick, jede Suchanfrage, jedes gestreamte Video oder hochgeladene Foto verbraucht ein kleines bisschen Strom. Wäre das **INTERNET** ein Land, hätte es den sechstöchsten Energieverbrauch weltweit, meldet Greenpeace. Digitale Zurückhaltung hilft also beim Stromsparen.

Andererseits: **VIDEOKONFERENZEN** sind wesentlich klimaschonender als Konferenzen, zu denen mit Auto oder Flugzeug angereist werden muss. Tatsächlich steigt die Zahl der Dienstreisen seit Jahren kontinuierlich.

JOBTICKET NICHT NUR FÜR PENDLERINNEN. Allgemein ist **MOBILITÄT** sowohl beim Klimaschutz als auch in der Berufswelt ein großes Thema. Fahrgemeinschaften und Mitfahrbörsen sind nach wie vor noch eher Randerscheinungen. Auf Betreiben der FCG Steiermark wurde 1994 die Steirische Pendlerinitiative gegründet. Auf der Webseite www.pendlerinitiative.at finden sich Links zur Mitfahrbörse der

Initiative und zu bundesweiten Mitfahrbörsen, die (via App) auch ein spezielles Service für Unternehmen anbieten.

Für Unternehmen gibt es seit einigen Jahren die Möglichkeit, nicht nur PendlerInnen, sondern allen Beschäftigten steuerfrei eine Streckenkarte für ein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen (Jobticket). In Wien beispielsweise ist das die Jahreskarte.

KÜHLUNG. Fluorierte Treibhausgase (F-Gase) kommen vor allem in Kälte-, Klima- und Wärmepumpenanlagen zum Einsatz. Vor dem Einbau einer Klimaanlage sollte man daher an klimaschonende Alternativen denken. So sind etwa in vielen Gebäuden die Möglichkeiten zur Beschattung durch Außenjalousien oder Fassadenbegrünung längst nicht ausgeschöpft. Der Klimatechnik-Markt bietet innovative Lösungen wie etwa Deckenelemente, die sowohl kühlen als auch heizen können. In Verbindung mit Geothermie und Grundwassernutzung sind dezentrale und umweltfreundliche Kältelösungen möglich. In der Nähe von Ballungszentren gibt es seit mehr als zehn Jahren außerdem die Option Fernkälte. Dabei wird die Kühlenergie aus Abwärme gewonnen. Ähnlich wie bei Fernwärme ist die Versorgung über Fernkältezentralen oder dezentral direkt bei Großkunden wie Einkaufszentren oder Krankenhäusern möglich. Angesichts von Rekordsommern ist in ganz Österreich ein weiterer Ausbau geplant.

FAIR ESSEN. Weniger Fleisch und Milchprodukte zu konsumieren schont das Klima. Ein Kilogramm Käse setzt rund 8.000 g CO₂ frei, ein Kilogramm Fleisch bis zu rund 20.000 g, während etwa Brot (640 g), Obst und Gemüse deutlich darunter liegen (1 Apfel 20 g). Entsprechende Veränderungen in der **BETRIEBSVERPFLEGE** nützen Klima und Gesundheit. Weniger Fleisch, mehr Gemüse, mehr Produkte aus biologischer Landwirtschaft aus der Region sowie weniger Verpackungsmüll: Das ist vielen BetriebsköchInnen und Unternehmensleitungen bereits ein Anliegen. Die Gewerkschaft PRO-GE startete schon vor rund 15 Jahren die Kampagne „Fair essen“ in den Betriebskantinen. Zahlreiche Unternehmen haben sich daran betei-

ligt. Obwohl damals vor allem der Gesundheitsaspekt hervorgehoben wurde, stimmt das Motto bis heute: mehr Nachhaltigkeit durch weniger Convenience-Produkte und mehr Fair-Trade-Lebensmittel. Die entsprechenden Unterlagen wie der Essensreport mit zahlreichen Praxisbeispielen oder die Broschüre zum Essenseinkauf bieten daher wertvolle Tipps und Anregungen.

Es gibt aber auch engagierte große Anbieter für Gemeinschaftsverpflegung, so arbeitet etwa Gourmet seit Jahren mit dem WWF zusammen.

WEGWERFPRODUKTE. Bierdosen sind dreimal klimaschädlicher als Mehrwegflaschen, Einwegglasflaschen verursachen sogar fünfmal mehr Treibhausgasemissionen als Mehrwegflaschen (inklusive Recycling und Reinigung).

Abgesehen vom Energieaufwand bei Herstellung, Bearbeitung und Entsorgung können **PLASTIKPRODUKTE** in vielerlei Hinsicht zur Klimaerwärmung beitragen. Polyethylen etwa, das in vielen Wegwerfprodukten enthalten ist, setzt das Treibhausgas **Methan** frei, sobald es an der Sonne zersetzt wird.



NEUBAU UND RENOVIEREN. Naturgemäß sind hier die Möglichkeiten zahlreich: energiesparende Bauweise, ressourcenschonende Baustoffe und Heizsysteme etc. Flachdächer sollten nach Möglichkeit begrünt werden. Die Umgebungstemperatur wird dadurch merklich gesenkt. Im Sommer geben versiegelte Flächen selbst nachts noch Wärme ab, Rasensteine können hier mitunter eine durchaus praktikable Alternative sein.

Unterlagen zur Kampagne „Fair essen“ –
Essensreport mit Praxisbeispielen:
tinyurl.com/y4hlnr27

Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums
für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT):
www.klimaaktiv.at

Greenpeace Klima und Energie-Ratgeber:
tinyurl.com/y26kf96b

Die Umweltberatung – Bio: Vom Business-
Catering bis zum Schulbuffet:
tinyurl.com/y4zuv2zu

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Hitzefrei statt hitzetot

Laut jüngsten Studien wird der Klimawandel die Städte der Welt künftig besonders hart treffen. Darauf muss sich auch die Arbeitswelt einrichten.

Zoran Sergievski
Freier Journalist

Während der Hitzewelle im Juni kam ein 53-jähriger Slowake ins LKH Wiener Neustadt. Der Vater von fünf Kindern war bei der Arbeit auf einer Baustelle im Burgenland umgekippt. Kollegen verständigten rasch die Rettung. Ein Heli brachte den Mann nach Niederösterreich, wo er eine Woche mit dem Tod rang und schließlich starb.

In diesem Jahrzehnt vergeht kaum ein Sommer, in dem es nicht auch in Österreich zu Hitzetoten kommt. Seit 2018 werden diese auch rückwirkend erfasst. Dafür verknüpft das HitzeMOMO (Mortalitätsmonitoring) der AGES Sterbefälle mit Hitzewellen. 2015 gab es einen vorläufigen Höchststand mit 1.122 Fällen. Die Zahlen sind nicht immer so hoch. So gab es 2016 gar keine Hitzetoten. 2017 kam es wiederum zu 586 Fällen, 2018 gar zu 766. Tendenziell ist immer mit Krankheits- und Todesgefahr durch Hitzewellen zu rechnen. Dieser Juni etwa war der heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen in Österreich. Sechs der zehn heißesten je gemessenen Sommer sind seit 2000 verstrichen. Und die Sommer wie auch die Winter werden noch wärmer.

Schwitzen wie in Skopje

Grund hierfür ist der menschengemachte Klimawandel. Seit Jahren machen Studien Schlagzeilen, die Öster-

reich – von den alpinen Gletschern bis ins Wiener Becken – als besonders betroffen hervorheben. Das renommierte Crowther Lab der ETH Zürich konkretisierte dies Anfang Juli mit Daten von 520 Metropolen aus aller Welt. Das plakative Fazit seiner Studie lautet: Steigt die Durchschnittstemperatur bis 2050 global um 1,4 Grad, trifft es Großstädte der Nordhalbkugel besonders hart. Sogar im besten angenommenen Fall wandert diese Region klimatisch zumindest 1.000 Kilometer südwärts. Die Bundeshauptstadt erlebt dann im Sommer Höchsttemperaturen, die 7,6 Grad über dem heutigen Wert liegen. Das heißt, Wien schwitzt morgen so sehr wie heute Skopje. Die Balkanmetropole wiederum wird so heiß wie Austin, Texas. Stockholm wiederum wird Wien oder Budapest entsprechen. Tropische Städte werden gar Verhältnisse erleben, wie sie heute noch unvorstellbar sind. Trockenperioden und damit Dürren werden weltweit zunehmen, ebenso wie die Dauer und Intensität von Regenzeiten.

Der Vergleich der aufgeführten Städte kommt nicht von ungefähr. Das Team der ETH wollte damit den Klimawandel greifbar machen. Oft scheitert eine umweltfreundliche Politik nicht an lautstarker Klimaleugnung, sondern an einer schlechten Vermittlung von Wissen. So will das Crowther Lab heutige Städte dazu animieren, sich bei ihren künftigen Pendanten Inspiration für den Hitzeschutz zu holen. Auch Österreichs „Skopje“ muss sich zumindest anpassen, um die Bevölkerung der Stadt vor

den Folgen des Klimawandels zu schützen. Das betrifft nicht nur demografische Risikogruppen wie chronisch Kranke, Kinder und Alte. Es betrifft die gesamte Arbeitswelt.

19 bis 25 Grad sind ideal

Das HitzeMOMO unterscheidet nicht Arbeits- und Privatfälle, aber Beschäftigte spüren es schon: In einer Online-Umfrage der AK Wien wünschten sich 95,6 Prozent der Befragten „hitzefitte“ Arbeitsplätze. Laut der Plattform „Gesunde Arbeit“ von AK und ÖGB ist längst klar, dass eine optimale Arbeitstemperatur bei 19 bis 25 Grad Celsius liegt – sowohl im Freien als auch in Büros. In Innenräumen ist diese Temperaturbreite Vorschrift. Ab 30 Grad nehmen Reaktionsgeschwindigkeit und Koordinationsfähigkeit um ein Viertel, ab 35 Grad schon um die Hälfte ab. Höhere Temperaturen senken die Produktivität also deutlich. 2018 berichtete die AUVA, dass die Sommerhitze vermehrt Fehler und Unfälle am Arbeitsplatz nach sich zieht. Hitze schadet der Gesundheit: von Schwindel über Hitzschlag bis zum Tod. Das zeigt nicht nur der tragische Fall vom Juni.

Nun wissen auch AK und die Gewerkschaft Bau-Holz, dass im Sommer Außenthermometer 25 Grad schnell übersteigen. Sie fordern deshalb seit Jahren stärkere Schutzmaßnahmen am Bau. Der ÖGB konnte eine entsprechende Gesetzesänderung 2013 erkämpfen. Seither muss die Arbeit ab 35 Grad im Freien eingestellt werden. Seit dem 1. Mai gilt sogar eine KV-

Grenze von 32,5 Grad. Da diese Grenzen aber immer wieder missachtet werden, gehören stärkere Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat her, fordert die AK. „Klagen im Nachhinein sind schwierig, weil da der Nachweis natürlich erbracht werden muss“, meint Harald Bruckner von der Abteilung Sicherheit, Gesundheit und Arbeit der AK Wien gegenüber Arbeit&Wirtschaft. Es sei sicherer, bei anhaltender Überschreitung der Höchstgrenzen das Arbeitsinspektorat anzurufen und eine Prüfung zu veranlassen. Ein anderes Problem sei, dass die Messstelle nicht immer beim Arbeitsplatz selbst sei: „Es gibt Büros, da hat es 30 Grad, Produktionshallen mit 40 und Baugruben mit über 50 Grad. Das ist aus medizinischer Sicht unmenschlich, überhaupt nicht mehr vertretbar“, hält Bruckner fest.

Die angeführten Grenzen hält Bruckner durch den Klimawandel für überholt. „Früher hat man sich gefreut, wenn das Thermometer über 30, 32 Grad geklettert ist. Heute ist das die Regel“, begründet er seine Kritik. Die geltende Grenze sei zwar ein erster richtiger Schritt. Allerdings hält der Experte 30 Grad mittlerweile für angemessener. Außerdem gelten die Grenzen eben nur für den Bau. Viele andere Branchen, die im Freien tätig sind, haben überhaupt keine Regeln in diesem Bereich. Als Beispiel nennt Bruckner GärtnerInnen.

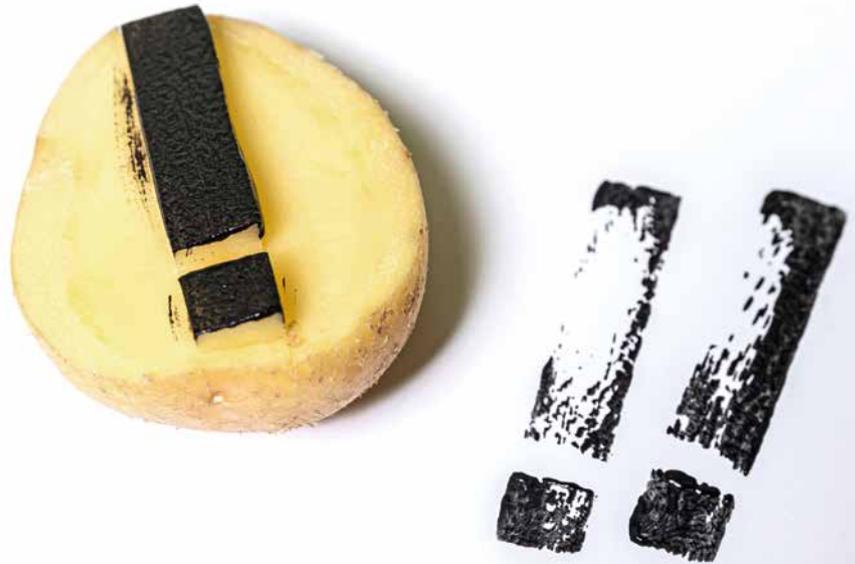
Er verweist auch auf die steigende UV-Belastung. Sie ist direkt für den Anstieg des weißen Hautkrebses verantwortlich. „Ärzte warnen seit Jahren davor“, erinnert Bruckner. „Da haben wir massive Regelungslücken, obwohl die AUVA hier seit Jahren massive Kampagnen fährt“, erklärt er. In Deutschland etwa sei der weiße Hautkrebs als Berufskrankheit anerkannt, hierzulande nicht. In Österreich werde das Thema „massiv negiert“.

Schatten und Pausen

ArbeitnehmersvertreterInnen fordern Schutzmaßnahmen aller Art, um den Job erträglich zu gestalten. Dazu gehören etwa Jalousien und klimatisierte Ersatzarbeitsplätze. Laut Harald Bruck-

ner sollte man der Firma die Verantwortung überlassen, wie genau die Abkühlung im Einzelnen gestaltet werde. Wobei Klimaanlage im großen Stil kontraproduktiv seien, sagt der Experte: „Die verbrauchen viel Strom und erzeugen im Freien – beim Rausblasen – wieder viel Hitze. Es ist natürlich in manchen Bereichen gar nicht anders möglich.“ Laut Experten beträfe das zehn Prozent aller Arbeitsplätze, etwa in der Produktion.

Hitzeintensive Berufe, wie etwa Gießer, sollten abgekühlte Erholungsräume für mehr bezahlte Pausen erhalten. Für draußen empfehlen AK und ÖGB fixe und mobile Beschattungen. Außerdem sollen zusätzliche Schutzkleidung und Getränke vom Unternehmen gestellt werden. In letzter Konsequenz gehört die Arbeit in mildere Tageszeiten verschoben. Bislang können ArbeiterInnen und Angestellte aber – im Gegensatz zu Schulkindern – nicht heimgeschickt werden, wenn Hitze produktives Arbeiten verunmöglicht. Möglicherweise wäre das ein sinnvoller Denkanstoß, ehe Beschäftigte ihre Zeit schlicht ausschwitzen – Verzeihung: absitzen.



Alle genannten Maßnahmen mögen zusätzliche Investitionen nach sich ziehen. Doch die könnten auf längere Sicht die Folgekosten von Fehlern und Unfällen bei Hitzewellen – kurzum: des Klimawandels – deutlich unterbieten. Dienstgeber wollen produktive Schichten ohne allzu lange wetterbedingte Unterbrechungen. Und Dienstgeber wollen sicher arbeitsrechtliche Klagen vermeiden, die auf die Vernachlässigung von Schutzmaßnahmen folgen. All das ist aber nur möglich, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen auch durchgeführt und eingehalten werden. Hitzeferien sind Hitzetoten jederzeit vorzuziehen. „Natürlich bezahlt“, hält AK-Experte Bruckner abschließend fest.

Dieser Beitrag erschien zuerst in einer kürzeren Fassung unter:

www.arbeit-wirtschaft.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

zoran.sergievski@gmx.de

oder an die Redaktion

aw@oegb.at



Katharina Rogenhofer ist in Wien geboren und aufgewachsen, studierte nach dem Schulabschluss Biologie und Zoologie, an der Universität Oxford Biodiversity, Conservation and Management. Ende 2018 absolviert Rogenhofer ein Praktikum bei der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Bonn und fährt zum Klimagipfel ins polnische Katowice, wo sie Greta Thunberg trifft und schließlich „Fridays for Future“ nach Wien holt. Seit März leitet sie das Klimavolksbegehren.

Volksbegehren: Klimaschutz

Das Klimavolksbegehren will die Stimmen der Bevölkerung in das Parlament tragen und als öffentliches Interesse in der Gesetzgebung verankern. Leiterin Katharina Rogenhofer im Interview.

Interview & Fotos Michael Mazohl

Es ging Schlag auf Schlag: Engagierte sich die studierte Biologin Katharina Rogenhofer im Herbst 2018 noch bei „Fridays for Future“, übernahm sie einige Monate danach die Rolle als Sprecherin des Klimavolksbegehrens. Dort geht es jetzt weiter Schlag auf Schlag: Über 300 Aktivistinnen und Aktivisten arbeiten bereits mit, derzeit werden Regionalgruppen gegründet. Parteunabhängig und mitten aus der Zivilgesellschaft will das Klimavolksbegehren den Klimaschutz in der Verfassung festschreiben.

Arbeit&Wirtschaft: Warum soll Klimaschutz in die Verfassung?

Katharina Rogenhofer: Umweltschutz ist bereits in der Verfassung verankert, und das wurde immer relativ breit ausgelegt. Aber in vielen Entscheidungen wurde der Umweltschutz nicht als öffentliches Interesse miteinbezogen. Kli-

maschutz und den Ausstieg aus Öl, Kohle und Gas konkret in der Verfassung festzuschreiben und damit stärker im Bundesrecht zu verankern, sehen wir als Möglichkeit, diese Aufgabenstellungen tatsächlich als öffentliches Interesse wahrzunehmen.

Und es ist jetzt von öffentlichem Interesse, weil wir davon ausgehen, dass sich die Klimakrise verschlimmert. Wenn wir so weitermachen wie bisher, sollte unser Ziel sein, dass in jedem Gesetz, in jedem neuen Programm Klimaschutz als Interesse der Öffentlichkeit und der Bevölkerung berücksichtigt wird.

Wie schaffen wir den Umstieg auf erneuerbare Energien?

Ich glaube, bei Elektrizität kann es ganz einfach gelingen. Wir haben in Österreich schon relativ gute Voraussetzungen für erneuerbare Energien, diese müssen weiter ausgebaut werden. Zugleich wird

in Österreich sehr viel fossiler Brennstoff importiert, der das Klima belastet. Diese Importe sollten aufhören. Das Geld sollte besser in Österreich investiert werden, um alternative Energien aufzubauen und regionale Energie zu beziehen.

Wie steigen wir aus Öl, Kohle und Gas aus?

In Österreich gibt es nur zwei Kohlekraftwerke, die jetzt geschlossen werden. Das ist ein guter erster Schritt, aber langfristig müssen wir auch aus den importierten fossilen Brennstoffen aussteigen.

Wir sind auf einem guten Weg. Die Politik sollte sich anstrengen, hier weiter ambitioniert vorzugehen. Zum Beispiel im Wärmebereich, bei den Heizmöglichkeiten: Es gibt noch immer Öl- und Gasheizungen. Hier braucht es Förderprogramme, damit sich die Leute den Umstieg auf klimafreundlichere Alternativen leisten können.



„Wie kann die Wirtschaft, wie können Arbeitsplätze der Zukunft ausschauen, damit wir gemeinsam diesen Wandel vollziehen können?“

Katharina Rogenhofer

Neben Wasserkraft – welche Technologien haben besonderes Potenzial?

Wind- und Sonnenenergie haben sehr großes Potenzial in Österreich. Gerade Sonnenkraft und Photovoltaik können ausgebaut werden.

Als ersten Schritt sollten wir ein Augenmerk auf die Energieeffizienz legen. Da ist Energiesparen auch Thema – denn wenn jetzt unser Energieverbrauch explodiert, können wir den zusätzlichen Verbrauch nicht mehr durch erneuerbare Energie decken.

Sonnenenergie ist hier vielversprechend, in vielen Bereichen Österreichs auch die Windkraft – man muss sich nur genau anschauen, an welchen Standorten.

Wie schaffen wir es, Treibhausgase zu reduzieren?

Der erste Schritt wäre eine Ökologisierung des Steuersystems. Wir brauchen einen Bonus für jede Österreicherin und jeden Österreicher, damit die Ökologisierung sozial verträglich passiert. Das ist uns ganz wichtig. Eine Steuer bietet einen Hebel, um klimafreundliches Handeln leistbarer zu machen und klimaschädliches Handeln zu reduzieren.

Die Steuereinnahmen können wiederum investiert werden: in den Ausbau von öffentlichem Nah- und Fernverkehr und genauso in das Leistbarmachen dieses öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Es reicht nämlich nicht, nur Zugstrecken auszubauen – der öffentliche Verkehr muss für die Menschen finanziell leistbar sein, sodass sie wirklich umsteigen können. Und wir brauchen den erwähnten Ausbau von alternativen, erneuerbaren Energien.

Wie verbessern wir den öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum?

Das ist eine wichtige Frage, die immer gestellt wird. In Städten ist es ja relativ einfach, auf öffentlichen Verkehr umzusteigen, ebenso im Umland von Städten.

Eines ist klar: Man kann natürlich nicht von den Menschen fordern, aufs Auto zu verzichten, wenn es keine Alternativen im ländlichen Raum gibt. Es ist die Aufgabe der Politik, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr auszubauen, Ortschaften und Städte an den öffentlichen Verkehr anzuschließen und die Intervalle zu verkürzen. Wer mit dem Zug keine gute Verbindung zur Arbeit hat, wird den Zug nicht nützen.

Für die letzten Kilometer einer Strecke – vom Bahnhof zur Arbeit oder umgekehrt wieder nach Hause – gibt es sehr gute, innovative Lösungen, zum Beispiel Sharing Mobility. Hier teilt man sich ein Auto, denn es muss nicht jeder allein in einem Auto sitzen. Nicht alle Regionen sind gleich, man muss also natürlich in verschiedenen Regionen verschiedene Lösungsansätze finden.

Was antworten Sie KritikerInnen von „Fridays for Future“?

Als noch Unterricht war, hat man gesehen, dass sehr viele Leute gekommen sind, die sich tatsächlich mit dem Thema Klimaschutz auseinandersetzen und großes Wissen und politisches Engagement mitbringen. Hier geht es darum, ein Zeichen zu setzen – quasi unter dem Gesichtspunkt: Warum sollten wir in die Schule gehen, um für eine Zukunft zu lernen, die für uns nicht gut aussieht?

Das ist der entscheidende Punkt. Ein Streik ist ein Mittel, um Druck aufzubauen. Hier müssen die Verantwortungsträger, nämlich die Politikerinnen und Politiker, ihre Verantwortung wahrnehmen, tatsächlich für unsere Zukunft einzutreten, und handeln.

„Ich wünsche mir, dass es nicht weiter zu Ernteausschlägen, Dürren und Umweltkatastrophen kommt.“

Auf der anderen Seite wurden auch viele von uns kritisiert, mit dem Argument, wir müssten zuerst bei uns selbst anfangen: Was ist mit unseren Urlauben, die wir machen? Fliegen wir? Was ist mit dem Handy, das wir benutzen, und anderes mehr. Ganz klar: Es gibt schon Handlungen, die man auf individueller Ebene setzen kann – aber man muss auch in jedem Aspekt den politischen Teil des Handelns sehen.

Wenn Flüge noch immer viel, viel billiger sind, als mit dem Zug zu fahren, dann ist es nicht nur eine rein indi-



In der ersten Woche erwartet das Team von Katharina Rogenhofer 30.000 Unterstützungserklärungen für das Volksbegehren.

viduelle Entscheidung, ob ich fliege oder mit dem Zug fahre. Sondern es ist tatsächlich auch eine monetäre Entscheidung, was ich mir leisten kann. Das Individuum kann nicht entscheiden, wo Züge fahren, wo sie hinfahren, es kann nicht entscheiden, wie viel Öl und Gas gefördert wird. Das sind politische Entscheidungen: Darauf wollen wir hinweisen, auch wenn das Individuum Entscheidungsspielräume hat.

Was erwarten Sie von der nächsten Bundesregierung?

Einfach dieses Thema in den Vordergrund zu rücken: Je nach Berechnungen haben wir vielleicht sogar weniger Jahre Zeit, die Richtung zu ändern, als wir bisher gedacht haben.

Bisher hieß es beim Zeithorizont, in dem eine wirksame Änderung noch möglich ist: zehn, elf, zwölf Jahre. Jetzt sind es vermutlich nur noch fünf Jahre, die wir Zeit haben, um das Ruder herumzureißen. Das heißt: Es muss schnell etwas passieren, im Dialog mit vielen anderen Menschen, Institutionen, Unternehmen zusammen. Wir sehen hier die Gewerkschaften, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Wirtschaft als Dialogpartner.

Wir stellen die Frage: Wie kann die Wirtschaft, wie können Arbeitsplätze der Zukunft ausschauen, damit wir gemeinsam diesen Wandel vollziehen können?

Mein Wunsch ist, dass es mit der nächsten Bundesregierung zu einem Dialog kommt, dass tatsächlich ambitioniertere Maßnahmen gesetzt werden. Dass wir

es als Österreich schaffen, eine Vorreiterrolle einzunehmen, damit wir in Übereinstimmung mit dem 1,5-Grad-Ziel von Paris bleiben. Ich wünsche mir, dass es nicht weiter zu Ernteausfällen, Dürren und Umweltkatastrophen kommt.

Wie sieht Ihr Wunschscenario für Österreich aus?

Ich hoffe, dass wir bis 2040 auf netto null kommen, das heißt: nur mehr so viel emittieren, wie wir tatsächlich binden. Es ist tatsächlich eine schöne Zukunft denkbar, denn wir können dann über vieles mehr nachdenken: Wie kann Arbeit in der Zukunft ausschauen? Wie schaut der Transport der Zukunft aus? Sind wir weiter angewiesen auf ein Auto? Haben wir ein gut ausgebautes öffentliches Nah- und Fernverkehrssystem, das sich jeder leisten kann? Haben wir in den Städten mehr Grünräume, die zum Beispiel auch Kühlung versprechen?

In vielen Szenarien leiden gerade die Städte in Europa unter dem Klimawandel, aber auch der ländliche Raum – und ich glaube, hier können wir tatsächlich zu einer positiven Vision der Zukunft beitragen und Möglichkeiten schaffen, gut miteinander und mit der Natur zu leben.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Arbeit & Wirtschaft

- + Weg von der Wegwerfgesellschaft
- + Ökologische Form des Wirtschaftens
- + Der Klimakatastrophe gegensteuern
- + Alternative Mobilität

**Mehr zum Klimaschutz im
Arbeit&Wirtschaft Online-Magazin**
www.arbeit-wirtschaft.at/umwelt

Nachhaltige Triebfeder

Konzernstrategien müssen neu ausgerichtet werden. BetriebsrätInnen können dafür im Aufsichtsrat einen wesentlichen Beitrag leisten.

Christina Wieser

Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien

We have a world to win: Mit diesem Slogan trifft die „Fridays for Future“-Bewegung den Nerv der Zeit. Für die AktivistInnen ist klar, dass die politische Agenda stärker auf ökologische Belange Bedacht nehmen muss. Die zunehmende Bedeutung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz bringt nicht nur die Politik unter Zugzwang. Auch AnlegerInnen fordern bei Investitionsentscheidungen verstärkt umweltpolitische und soziale Maßstäbe ein. Doch der Ruf nach ökologischer und sozialer Rendite macht noch lange keine bessere Welt – dafür ist vielmehr eine völlige Neuausrichtung der Konzernpolitik von kapitalmarktorientierten Unternehmen notwendig. Hebel dafür ist einerseits die Geschäftsstrategie, andererseits die Bezahlung des Managements.

Grundsätzlich muss sich die Unternehmensführung an einer konsequenten, transparenten Nachhaltigkeitsstrategie orientieren. Diese sollte zentrale politische Leitlinien wie die **UN-Nachhaltigkeitsziele** oder die europäischen Klima- und Energieziele 2030 integrieren. Im nächsten Schritt sind Schlüsselindikatoren aus den Kategorien Umwelt, ArbeitnehmerInnen, Soziales und Gesellschaft auszuwählen. Diese müssen mit konkreten Zielvorgaben versehen werden, beispielsweise Reduktion von Emissionen, Gesundheit am Arbeitsplatz oder Diversität in Belegschaft und Führung. Diese nicht finanziellen Indikatoren sollten sich als Bonusziele

für das Management und damit in der unmittelbaren Steuerung des Unternehmens wiederfinden. So kann es gelingen, langfristige Rentabilität mit sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz zu verbinden.

Rückkehr der ehrbaren Kaufleute?

Tatsächlich ist das Gros der heimischen Börsenunternehmen weit vom hehren Ziel des „nachhaltigen Wirtschaftens“ entfernt. Es mangelt sowohl an der Integration von Nachhaltigkeit in den Kern der Geschäftsstrategie als auch an einer nachhaltigen Vergütungspolitik für das Management. Woran es hingegen nicht fehlt, sind lautstarke Lippenbekenntnisse der Wirtschaft. Doch diese unverbindliche Lesart von Corporate Social Responsibility (CSR) gerät immer mehr in Misskredit. Selbst die europäische Politik gibt sich mit – imagefördernd auf Hochglanz polierten – Nachhaltigkeitsberichten allein nicht mehr zufrieden. Zwar dominiert im Umgang mit sozialer Verantwortung von Unternehmen nach wie vor das Prinzip Freiwilligkeit, allerdings mehrten sich zuletzt europäische Initiativen für mehr Verbindlichkeit in der Berichterstattung von nicht finanziellen und jüngst auch klimabezogenen Unternehmensinformationen.

Die nachhaltige Entwicklung oder der schnelle Gewinn: In welche Richtung ein Konzern geht, entscheidet sich nicht zuletzt dadurch, nach welchen Kriterien das Management entlohnt wird. Sprich: Wie wird der Erfolg eines Vorstands gemessen bzw. nach welchen Kriterien werden Boni bezahlt? Genau

hier setzt eine europäische Regelung mit dem Namen Aktionärsrechterichtlinie an: Über den Hebel der Vergütungspolitik für den Vorstand soll die langfristige Entwicklung börsennotierter Konzerne gefördert werden. Etwas verspätet und noch dazu wenig ambitioniert hat auch Österreich diese Richtlinie Anfang Juli 2019 umgesetzt. Den Bestimmungen zufolge hat die Vergütungspolitik für den Vorstand nunmehr die „langfristige Entwicklung der Gesellschaft zu fördern“. So weit, so gut – und doch so unkonkret. Festgemacht und damit letztlich konkretisiert wird die Vergütungspolitik für das Management in börsennotierten Unternehmen im Aufsichtsrat – damit haben auch die BetriebsrätInnen im Gremium Mitsprache. Wie das gehen kann und worauf zu achten ist, dazu später.

Aufholbedarf

Fest steht jedenfalls, dass es insbesondere nicht finanzielle Anreize (wie die Reduktion von CO₂-Emissionen) für eine nachhaltige Ausrichtung der Managementvergütung braucht. In der österreichischen Umsetzung der EU-Regelung kommen die entsprechenden Kriterien aber gerade einmal als Schlagworte vor, und das nicht einmal im Gesetz selbst, sondern in den Erläuterungen zum Gesetz. Darin ist etwa von der Berücksichtigung von „gegebenenfalls ökologischen, sozialen und **Governance**-Faktoren“ die Rede oder von „Kriterien im Zusammenhang mit der Verantwortung der Gesellschaft“. Zwar hat der Gesetzgeber Mut zur Lücke bewiesen, dennoch



ist die Botschaft unmissverständlich: Vorstände müssen künftig stärker am ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Impact des Unternehmens gemessen werden.

Doch wie sieht dies in der Realität der österreichischen börsennotierten Unternehmen aus? Eine aktuelle Auswertung der Vergütungspolitik des Managements der 20 ATX-Unternehmen zeigt, dass es großen Aufholbedarf gibt: Nicht finanzielle Zielvorgaben bei Bonuszahlungen spielen nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Vielmehr dominieren Finanzziele wie Steigerungen bei Umsatz oder Gewinn. Dabei könnten gerade kapitalmarktorientierte Unternehmen, was die Auswahl von nicht finanziellen Indikatoren betrifft, aus dem Vollen schöpfen. Immerhin sind sie ab einer Größe von 500 Beschäftigten rechtlich dazu verpflichtet, über sogenannte **Key Performance Indicators (KPI)** – also Schlüsselindikatoren in den Belangen Umwelt, Soziales, ArbeitnehmerInnen, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption – zu berichten.

„Ökologisch-soziale“ Vorstandsboni

Diese nicht finanziellen Leistungskennzahlen sollten verstärkt zur Unternehmenssteuerung sowie als Zielvorgaben für Managementboni eingesetzt werden. Bislang gelingt diese zukunftsweisende Verknüpfung nur in Ausnahmefällen, die Mehrheit der ATX-Konzerne bevorzugt nach wie vor Finanzkennzahlen. So verweist der Anlagenbauer Andritz darauf, dass sich der Bo-

nus für den Vorstand ausschließlich am Jahresüberschuss orientiert. Dass es anders gehen kann, zeigen Konzerne wie die Österreichische Post: Hier knüpft mehr als ein Drittel (35 Prozent) der variablen Vergütung an Aspekte aus dem Bereich KundInnenorientierung (Zustellqualität), Umwelt und MitarbeiterInnen.

Konsequenter könnte darüber hinaus die Unternehmenspolitik des Faserproduzenten Lenzing sein. Dieser hat sich beispielsweise im Rahmen einer umfassenden Klimastrategie vorgenommen, bis 2030 spezifische CO₂-Emissionen um die Hälfte zu reduzieren. Erst im vergangenen Jahr hat die Gesellschaft ihr Vergütungsmodell für das Management überarbeitet und laut Geschäftsbericht „im Interesse der Stakeholder ambitionierte sowie relevante Ziele für den Vorstand definiert“. Im veröffentlichten Vergütungsbericht findet sich jedoch kein Hinweis auf umweltbezogene Zielvorgaben, wie z. B. die angestrebte CO₂-Reduktion. Dabei würde sich dieser Schritt nicht nur für das Unternehmen und das Management nachhaltig lohnen, sondern auch für die Umwelt.

Mitbestimmung stärkt

Wo kann nunmehr der Betriebsrat ansetzen, um insbesondere in Sachen Klimaschutz eine Neuausrichtung der Konzernpolitik zu bewirken? Neben dem Hinwirken auf eine konsequente Nachhaltigkeitsstrategie bietet sich dafür die Gestaltung der Vorstandsvergütung an: Denn in börsennotierten Gesellschaften ist es die Aufgabe des Aufsichtsrats, die Grundsätze der Vorstandsbezüge zu definieren.

Demnach sind auch die ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat gefragt, auf die Berücksichtigung von umweltbezogenen Komponenten zu achten. So könnten Bonusziele für den Vorstand im Hinblick auf ihre ökologische Nachhaltigkeit anhand folgender Leitfragen geprüft werden:

- Entsprechen die Prinzipien der Vorstandsvergütung den strategischen Nachhaltigkeitszielen?
- Werden die relevanten umweltbezogenen Leistungsindikatoren des Unternehmens in den Bonuszielen berücksichtigt?
- Wird insbesondere auf klimabezogene Auswirkungen der Geschäftstätigkeit Bedacht genommen?

Wollen österreichische Unternehmen in Sachen Klimaschutz zu den Vorreitern gehören, muss sich dies in ihrer strategischen Ausrichtung und damit in letzter Konsequenz in der Ausgestaltung der Vorstandsvergütung zeigen. Dementsprechend muss der Bonus für Vorstand und Schlüsselführungskräfte verstärkt an umweltpolitischen Zielen ausgerichtet sein. Nur dann haben Unternehmen den Titel „führend im Klimaschutz“ auch wirklich verdient.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
christina.wieser@akwien.at
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Die Klimaschutz

Die AK fordert in den nächsten **10 JAHREN 1 MILLIARDE PRO JAHR** für den Klimaschutz. Nur so kann Österreich die EU-Klimaziele erreichen und Strafzahlungen in Höhe von 6 bis 10 Milliarden Euro vermeiden. Und nur so können die drohenden Auswirkungen der Klimakrise für die Menschen und die Umwelt in Österreich abgemildert werden.



400 Mio. EURO

für Radinfrastruktur



5,5 Mrd. EURO

für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs



2 Mrd. EURO

für saubere Heiz- & Kühlsysteme
+ thermische Sanierung
für private Haushalte

400 Mio.

für Photovoltaik



milliarde

**Zehn
Milliarden
bis 2030**



Mio. EURO

Photovoltaik-Ausbau



500 Mio. EURO

**für die betriebliche
Umweltförderung (Energieeffizienz)**



200 Mio. EURO

**für Klima- und
Energieforschung**



1 Mrd. EURO

**für die thermische Sanierung
von Schulen, Krankenhäusern,
öffentlichen Gebäuden etc.**



Erneuerbare Ziele?

Im Jahr 2030 soll nur mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen fließen. Dafür braucht es eine grundlegende Reform der Ökostromförderung.

Dorothea Herzele und Josef Thoman

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Versprochen hatte es Schwarz-Blau: eine umfassende Neugestaltung der Ökostromförderung. Der Plan: Ab 2030 sollte nur noch Ökostrom aus Österreichs Steckdosen fließen.

Eine derartige Neuausrichtung forderte die AK bereits seit Jahren. Doch statt am Gesetz zum Ausbau der erneuerbaren Energie zu arbeiten, setzte Schwarz-Blau lieber auf Klientelpolitik. Die damalige Bundesministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) ließ ihr Ministerium monatelang an einer gesetzlichen Regelung arbeiten, um eine Sonderförderung von 150 Millionen Euro für 47 alte und oft auch defizitäre **Biomasseanlagen** auf den Weg zu bringen. In Sachen erneuerbarer Energie hieß es: Bitte warten!

Enormer Ausbaubedarf

Österreich hat mit rund 74 Prozent (2017) den höchsten Anteil an Strom aus erneuerbaren Quellen, gemessen am Gesamtstromverbrauch, innerhalb der EU-Mitgliedstaaten. Der überwiegende Teil der erneuerbaren Stromproduktion entfällt dabei auf die große Wasserkraft, rund 17 Prozent auf geförderten Ökostrom wie Wind, **Photovoltaik**, Biomasse und kleinere Wasserkraft. Der Rest der Stromproduktion stammt aus Gaskraftwerken, die auch Fernwärme erzeugen und – noch bis 2020 – aus zwei Kohlekraftwerken. Rund ein Zehntel des Stromverbrauchs wird derzeit importiert. Das klingt zunächst einmal nicht schlecht. Doch es besteht keinerlei Anlass, sich zurückzulehnen.

100 Prozent erneuerbarer Strom bedeutet in erster Linie, dass die Importe sowie der steigende Stromverbrauch bis 2030 durch zusätzliche erneuerbare Energieerzeugung in Österreich gedeckt werden müssen. Der Ausbaubedarf beträgt dabei gegenüber 2017 – je nach Prognose – 21 bis 27 Terawattstunden. Das entspricht der Jahresproduktion von über 20 großen Donaukraftwerken oder mehr als einer Verdoppelung der aktuell geförderten Ökostrommenge. Derzeit bekommen die Ökostromanlagen-Betreiber jährlich etwas mehr als eine Milliarde Euro vergütet. Finanziert werden diese Vergütungen einerseits aus den Verkaufserlösen für Ökostrom, andererseits durch Fördergelder.

Wer zahlt?

Die Finanzierung der Förderungen erfolgt nicht über das Budget, sondern durch alle VerbraucherInnen über die Jahres-Stromrechnung. Private Haushalte und kleine Gewerbebetriebe tragen dabei die Hauptlast, wie man dem Ökostrombericht der staatlichen Regulierungsbehörde E-Control entnehmen kann: Sie zahlen derzeit 2,6 Cent je Kilowattstunde an Ökostromförderung, Großverbraucher wie große Industriebetriebe hingegen nur 0,5 Cent. Die Kosten für einen privaten Haushalt mit durchschnittlichem Verbrauch bewegten sich damit zuletzt zwischen 70 und 120 Euro jährlich.

Das aktuelle Förderregime sieht fixe Einspeisetarife vor, also eine gesicherte Abnahme zu einem fixen Preis je produzierter Megawattstunde (MWh) Strom. Dies war anfangs nützlich, um möglichst viele erneuerbare Anlagen möglichst

rasch auf den Markt zu bringen. Heute ist es nicht mehr zeitgemäß, sondern ineffizient und teuer. Mangelnde Transparenz führt zu überhöhten Fördertarifen, und das Festhalten an nicht zukunftsfähigen Technologien, wie Strom aus Biogas, macht das System teuer.

Anforderungen

Mit dem angekündigten Gesetz zu erneuerbaren Energien soll der Ausbau beschleunigt und die Integration in das bestehende System verbessert werden. Außerdem muss das Fördersystem an die neuen beihilferechtlichen EU-Regelungen angepasst werden. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei zentrale Umstellungen. Erstens: Ausschreibung statt Einspeisetarif per Verordnung des bzw. der zuständigen MinisterIn. Daraus resultieren oft Tarife mehr nach dem „Daumen mal Pi“-Prinzip als auf Basis von festgestellten Kosten. Stattdessen soll die Höhe der Vergütung durch Ausschreibungen ermittelt werden. Gebote mit den niedrigsten Vergütungen erhalten den Zuschlag. Das soll gewährleisten, dass die Förderungen nicht höher ausfallen als eigentlich erforderlich.

Zweitens muss gelten: Marktprämie statt Fixtarif. Die bisherigen Einspeisetarife garantieren Ökostrombetreibern, dass ihnen in einem Zeitraum von 13 bis 15 Jahren jede Kilowattstunde (kWh) Strom zu einem Fixpreis abgenommen wird. Damit werden den EigentümerInnen alle Investitions- und Betriebskosten ebenso abgegolten wie ein angemessener Gewinn. Das Problem dabei: Das aktuelle System setzt falsche Anreize. Denn es lässt sich am meisten Geld verdienen,

wenn möglichst viel Strom erzeugt und ins öffentliche Netz eingespeist wird.

Insbesondere Windkraft- und Photovoltaikanlagen speisen sehr unregelmäßig ein – je nach Wetterlage. Die Folge: Stress für das Stromnetz, wenn einer hohen Stromnachfrage keine nennenswerten Einspeisungen gegenüberstehen oder umgekehrt. Außerdem haben Anlagenbetreiber bei fixen Abnahmepreisen keinerlei Anreize, ihre Stromproduktion zu drosseln oder stärker dem Verbrauch anzupassen. Die Folge ist, dass stets konventionelle Kraftwerke als Reserve bereitstehen müssen, um das Stromnetz stabil zu halten oder den fehlenden Bedarf zu decken – damit entstehen Zusatzkosten, die teilweise vermieden werden könnten.

Dieses alte System soll nun durch sogenannte Marktprämien ersetzt werden. Das heißt: Die Anlagenbetreiber sollten selbst für die Vermarktung ihrer Energie verantwortlich sein, sie erhalten aber zusätzlich einen Förderaufschlag in Form von Marktprämien. Damit haben die Anlagenbetreiber einen finanziellen Anreiz, Strom zu produzieren, wenn er auch wirklich gebraucht wird. Somit werden die Betreiber ihre Prognosequalität verbessern und Speicher einsetzen, um ihre Stromeinspeisung ins Netz optimieren zu können. Sie werden aber auch bei der Standort- und Technologiewahl (z. B. durch Schwachwindanlagen) stärker auf die Anforderungen des Systems achten.

Mehr Fördermittel für kleine Anlagen

Bei kleinen Anlagen wird ein Teil der Investitionskosten momentan durch Förderungen abgedeckt. Der vom Klima- und Energiefonds verwaltete Fördertopf ist mit 9 bis 15 Millionen Euro jährlich begrenzt, entsprechend sind die Mittel stets nach wenigen Minuten leerräumt. Parallel dazu gibt es noch steuerfinanzierte Förderungen einzelner Bundesländer sowie den Fonds für ländliche Entwicklung (ELER). Momentan kommen die Mittel des ELER in erster Linie forst- und landwirtschaftlichen Betrieben zugute. Grundsätzlich braucht es wesentlich mehr Fördermittel aus dem Budget, um mehr Anlagen fördern zu können. Gleichzeitig muss die Klientelpolitik beendet werden. Die Mittel aus dem ELER-Fonds müssen allen Menschen im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

Ungleiche Verteilung der Kosten bei Ökostromförderung



2,6 Cent/kWh für private Haushalte und kleine Gewerbebetriebe

0,5 Cent/kWh für Großverbraucher und große Industriebetriebe

Quelle: Ökostrombericht der E-Control

Netz und Speicher unabdingbar

Die Förderung erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen darf aber nicht isoliert betrachtet werden. Parallel dazu sind massive Investitionen in das Stromnetz notwendig. Denn die neuen Anlagen müssen nicht nur angeschlossen werden, sondern die Energie muss auch in die Verbrauchszentren transportiert werden. Die Kosten für den Netzausbau belaufen sich auf rund 1,5 Milliarden Euro jährlich. Auch hier sind es die privaten Haushalte und die Gewerbetunden, welche den überwiegenden Teil der Kosten zu tragen haben.

Eine große Herausforderung bleibt das Speichern von elektrischer Energie über einen längeren Zeitraum. Vorstellbar wäre die Herstellung von künstlichem, „grünem“ Gas (Methan aus Biogas und Wasserstoff). Dieses könnte im Sommer produziert werden und im Winter helfen, die Wärmeversorgung sicherzustellen. Derzeit ist die Herstellung von künstlichem Gas weder wirtschaftlich noch technisch ausgereift. Hier muss noch sehr viel Geld in die Forschung investiert werden.

Gerechte Verteilung bitte!

Das Ziel „100 Prozent erneuerbarer Strom bis 2030“ ist sehr ambitioniert und kann nur durch eine grundlegende Neugestaltung des Fördersystems erreicht werden. Gleichzeitig müssen die Kosten für die Umgestaltung unseres Energiesystems gerecht verteilt werden. Denn die Energiewende ist keine technologische Frage, sondern eine soziale Herausforderung. Nur wenn dafür ein breites Verständnis besteht, gibt es eine Chance, die ambitionierten und notwendigen Energie- und Klimaziele zu erreichen.

AK-Studie zu erneuerbaren Energien:
tinyurl.com/y55gwomt

Die Energie-Control GmbH (E-Control):
www.e-control.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
dorothea.herzele@akwien.at
josef.thoman@akwien.at

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Pionierinnen *des Wandels*

Reportage: Michael Robausch, Sonja Fercher
Fotos: Markus Zahradnik



In der autofreien Siedlung gestalten die BewohnerInnen viele Bereiche des Zusammenlebens mittels eines Beirats eigenverantwortlich. Das zählt sich aus: Die Betriebskosten liegen signifikant unter jenen anderer Anlagen.

Kaum eine Debatte kommt momentan ohne die falsche Vorstellung aus, klimafreundliches Leben sei mit Verzicht gleichzusetzen. Eine klimafreundliche Welt aber kann nicht nur die Erde aufatmen lassen, sondern auch die Menschen. Und sie kann ein Plus an Lebensqualität bringen. Drei Frauen erzählen von einer solchen Verbesserung.

Verfolgt man die Diskussionen über den Klimawandel, so bleibt ein bitterer Beigeschmack. Denn immer wieder wird eine Behauptung wiederholt: Es wird unbequem. Ohne Verzicht, so behaupten jedenfalls manche, werde es nicht gehen. Nur stimmt denn das wirklich? Könnte eine nachhaltig organisierte Welt nicht vielleicht sogar eine sein, die mehr Lebensqualität bringt? Und ist denn die heutige Welt wirklich so bequem, wie uns gerne suggeriert wird?

Dass die heutige Welt ganz und gar nicht stressfrei ist, davon kann Astrid Felsenreich ein Lied singen. Die Wienerin führt ein Yoga-Studio, arbeitet mit geflüchteten Frauen und begleitet als psychosoziale Beraterin Menschen in Entwicklungsphasen, bei Veränderungsprozessen und in Krisensituationen. „In der kapitalistischen Gesellschaft wird Leistung honoriert. Konsum ist die Belohnung“, bringt Felsenreich ein großes Problem auf den Punkt. Mehr als das: Menschen wird vorgegaukelt, dass sie über Konsum die Chance haben, den Anschluss an bessergestellte Schichten halten zu können oder zu finden.

Wenn sich der Wert eines Menschen daran bemisst, dass er eine Vielzahl an Objekten besitzt, sich aber viele Menschen diese trotz harter Arbeit nicht leisten können, so produziert dies Stress und Überforderung. „Die scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten, auch im Konsum, werden genützt, um sich über wenig befriedigende Zustände aller Art hinwegzutrusten“, so Felsenreich. „Letztlich erfahren wir im Materiellen

aber keine Befriedigung. Die Hoffnung darauf ist eine Illusion“, hält sie fest.

Dass Stress und Überforderung der Menschen zugenommen haben, wissen die ExpertInnen aus AK und Gewerkschaften nur allzu gut. Dies betrifft nämlich nicht nur die Freizeit, sondern auch den Arbeitsplatz selbst. Der 12-Stunden-Tag hat den Druck auf ArbeitnehmerInnen noch weiter erhöht, obwohl dieser schon zuvor hoch war. Laut einer Studie von EU-Kommission und OECD aus dem Jahr 2015 waren 17,7 Prozent der ÖsterreicherInnen von psychischen Erkrankungen betroffen, die Folgekosten werden auf beinahe 15 Milliarden Euro geschätzt.

Autofrei in Floridsdorf

Immer mehr Menschen leiden also unter den Überforderungen, die Reizüberflutung und Arbeitsdruck mit sich bringen. Vieles deutet darauf hin, dass nicht nur die natürlichen Ressourcen überbeansprucht werden, sondern auch die menschlichen. Wenn man also über Nachhaltigkeit nachdenkt, sollte man auch die Psyche des Menschen im Auge behalten.

Verzicht kann bisweilen sogar mehr Freiheit und Lebensqualität bedeuten. Wie angenehm es sein kann, gar kein Auto besitzen zu müssen und bei Bedarf auf Carsharing oder andere Varianten zugreifen zu können, wissen viele StadtbewohnerInnen. Zwar sind es sicherlich auch finanzielle Gründe, weshalb immer mehr junge Menschen nicht einmal





mehr einen Führerschein haben. Österreichweit nimmt die Zahl der neu erteilten Pkw-Lenkberechtigungen stetig ab, 2018 waren es um zwölf Prozent weniger als noch im Jahr 2011.

Fakt ist aber auch, dass dies viele Menschen nicht als Verzicht empfinden, sondern vielmehr als Entlastung, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht. Voraussetzung dafür ist freilich ein gutes Angebot an öffentlichem Verkehr. Dass das gut funktioniert, zeigt ein Projekt im Wiener Arbeiterbezirk Floridsdorf. Dort hat man eine Siedlung gebaut, in der man als AnwohnerIn gar kein Auto besitzen darf. „Wir sind sehr aktiv aufgenommen worden“, erinnert sich Eva Adam* an ihren Einzug in die autofreie Mustersiedlung vor mittlerweile 19 Jahren. „Die Nachbarn sind

auf uns zugekommen. Es war sehr erwünscht, dass wir uns wohlfühlen und integrieren“, erzählt sie.

Adam sitzt auf dem begrünten Flachdach eines der sechsstöckigen Häuser der Anlage. Von dort kann der Blick weit schweifen: auf die Hügel des Wienerwaldes auf der einen Seite, die Skyline der Donau-City auf der anderen und nach unten auf den Fußballplatz des SR Donaufeld. Schmerzlicher Ver-

„Die Nachbarn sind auf uns zugekommen. Es war sehr erwünscht, dass wir uns wohlfühlen und integrieren.“

zicht fühlt sich jedenfalls anders an, wie Adams Schilderungen bestätigen.

Die BewohnerInnen verpflichten sich im Mietvertrag, kein eigenes Auto zu besitzen oder dauerhaft zu nutzen. So war es möglich, dass nicht – wie eigentlich vom Wiener Garagensgesetz vorgeschrieben – für jede Wohnung auch ein Stellplatz gebaut werden musste. Die dadurch frei gewordenen finanziellen Mittel wurden in die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen investiert, etwa das mit einer Küchenzeile ausgestattete sogenannte „Wohnzimmer“. Dort kann man sich zwanglos treffen, aber auch Feierlichkeiten organisieren. Es ist immer gut gebucht.

In Hochbeeten auf dem Dach ziehen die BewohnerInnen Obst und Gemüse, das gut gedeiht. Himbeerstauden und Paradeiser wuchern geradezu überbordend. „Ich empfinde das als absoluten Luxus“, sagt Adam. Auch Fitnessraum, Sauna, Jugendraum sowie zwei Werkstätten gibt es. Letztere dienen einem bewussteren Umgang mit Ressourcen auch insofern, als die Bewohner dort Werkzeug aller Art ausleihen können,

anstatt es selbst anschaffen zu müssen. Auch der liebevoll und aufwändig gestaltete, gut gepflegte Grünraum zwischen den Häusern ging sich in dieser Form

nur deshalb aus, weil man sich Parkplätze ersparte. Kein schlechter Tausch.

Im Lauf der Zeit stellte sich heraus, dass selbst die vorhandene Mindestanzahl von Stellplätzen nicht in Anspruch genommen wurde. Somit finden sich mittlerweile auch im eigentlich dafür vorgesehenen Keller Fahrräder. In erster Linie sind diese aber in großen Standboxen untergebracht, die an zentralen Punkten der Siedlung stehen und schnelle Verfügbarkeit garantieren. „Superpraktisch“, sagt Adam. „Du gehst aus der Wohnung, holst das Rad heraus und bist weg. Du musst es nicht erst irgendwo hinauf- oder hinuntertragen.“ Es ist ein durchaus ungewohnter Anblick, die

* Name von der Redaktion geändert.



schiere Anzahl an Drahteseln erinnert an niederländische Verhältnisse. Dass zumindest punktuell Menschen beginnen, sich den städtischen Raum wieder anzueignen (und damit dem Auto abzurufen), macht Hoffnung. Gelänge das in größerem Maßstab, käme eine solche Entwicklung nicht zuletzt jenen weniger begüterten Menschen zugute, die überproportional von durch Straßenverkehr verursachter Lärm- und Luftbelastung betroffen sind. „Der gemeinsame Nenner Autofreiheit stellt für viele, die hier bewusst eingezogen sind, den Kristallisationspunkt für ein Gemeinschaftsgefühl dar“, sagt Adam, die sich beruflich um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt bemüht. Auch bei ihr selbst sei das so gewesen.

„Ich habe nicht vorgehabt, in der Stadt ein Auto zu halten.“ Als sie noch am niederösterreichischen Land lebte, habe sie ihr Fahrzeug als Last empfunden. Es war eine Art notwendiges Übel, auch weil sich ein Abhängigkeitsverhältnis herausgebildet hatte: Angesichts eines unzureichend ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetzes war es ohne eigenen Pkw unmöglich, das Leben zu organisieren. „Aber ich habe nie eine positive Beziehung zu diesem Fahrzeug gehabt.“ Die Siedlung in Floridsdorf hingegen ist gut an Öffis angebunden, mit Straßen-

bahn und S-Bahn ist der Bahnhof Praterstern – und damit eigentlich auch bereits die Innenstadt – in etwa 20 Minuten erreichbar.

Bio, punktgenau

Szenenwechsel in den 8. Wiener Gemeindebezirk. Auch in der bürgerlichen Josefstadt kann man ein Beispiel dafür finden, wie anderes Wirtschaften bessere Lebensqualität mit sich bringen kann. Margret Zimmermann sitzt in ihrem kleinen Verkaufsraum und blickt zurück. „Es hat mich erschüttert, wie viele Lebensmittel im Müll landen“, erinnert sie sich, wie der Weg begann, der sie zu diesem Geschäft brachte. „Auf der anderen Seite habe ich die wunderbaren Produkte österreichischer KleinbäuerInnen gekannt und geschätzt, die allerdings in Wien kaum irgendwo zu bekommen waren. Ich habe mir gedacht: Da muss man doch irgendetwas machen.“ Und genau so war es dann auch. Zimmermann, die aus der Sozialarbeit kommt, gründete essenswert.at, sozusagen die Synthese ihrer Beobachtungen. Sechs Jahre ist das nun her. Der Name ihres Unternehmens ist Programm und Ausdruck der Wertschätzung für Lebensmittel.

Sehr schnell, erinnert sich Zimmermann, hatte sie das knackige Konzept beisammen, das da lautet: „Die Kunden



„Es hat mich erschüttert, wie viele Lebensmittel im Müll landen.“

Margret Zimmermann

bestellen im Webshop, was sie haben wollen, die bäuerlichen Produzenten liefern ganz frisch, woraufhin die Leute ihren Einkauf hier abholen.“ Die KundInnen bekommen genau das, was sie wollen. Nichts bleibt übrig. Das Geschäft ist folglich nur einmal in der Woche geöffnet, nämlich am Freitag nach der Anlieferung. Es ist dann mit einer





Regional, bio, fair: Margret Zimmermann und ihre Kolleginnen mit frisch im Geschäft eingelangtem Gemüse.

großen Vielfalt an Produkten gefüllt, leert sich daraufhin aber wieder, bis nur einige wenige haltbare Lebensmittel übrig bleiben.

Ihre LieferantInnen sucht Zimmermann selbst aus, mittlerweile verfügt sie über eine „feine Sammlung an Produzenten“. Regional, bio, fair – das sind ihre Orientierungsmarken. Aus dem Primat der kurzen Wege folgt, dass die meisten der Produkte von essenswert.at aus Niederösterreich, Wien und dem Burgenland kommen. „Vielleicht noch ein Käse aus der Steiermark, aber dann ist es aus“, sagt Zimmermann. „So ist es auch einfacher, die Kontrolle zu behalten, alles bleibt überschaubar.“ 99 Prozent der Lebensmittel haben ein Bio-Zertifikat, alle sind palmölfrei. Die BäuerInnen bekommen für ihre Produkte, was sie verlangen. „Es wird nicht gehandelt oder gefeilscht.“

Menschliches Maß

Auf Preisdruck zu setzen widerspricht Zimmermann zutiefst. Sie sieht ihre Herangehensweise als Beitrag, um kleinteilig strukturierte Landwirtschaft zu erhalten: „Es sperren ständig Höfe zu, das Ergebnis ist, dass nur noch im großen Stil für die wenigen Supermarktkonzerne produziert wird.“ Und schließlich gehe es ja auch um Arbeitsplätze, nicht zu vergessen deren Ausgestaltung. Das menschliche Maß ist

Zimmermann wichtig, sie setzt auf Familienbetriebe, in denen oft noch mehrere Generationen zusammenarbeiten. Sie sind flexibel und können auf veränderte Umweltbedingungen rascher reagieren.

Auch der Erhalt des Artenreichtums bleibt im Blick: Auf so manchem Hof wird Saatgut selten gewordener Nutzpflanzen kultiviert, bewahrt man alte Sorten, züchtet vom Aussterben bedrohte Nutztierassen. Eine solche Diversifi-

zierung hat darüber hinaus auch den Effekt, dass die Bauern und Bäuerinnen bei Weitem nicht so stark von Ernteausfällen betroffen sind, wie das bei industriell ausgerichteter Landwirtschaft der Fall ist. Heraus kommt Qualität, die sich auszahlt: für die KonsumentInnen im unvergleichlich besseren Geschmack, für die LandwirtInnen, weil sie von ihrer Arbeit leben können – und für die Umwelt, die weniger belastet wird.

„Wir bieten alles an, was es an Lebensmitteln in Österreich gibt“, sagt Zimmermann. Aber natürlich ist bei essenswert.at nicht jederzeit alles verfü-

bar. „Wenn man sich überlegt, wie Erdbeeren im Winter schmecken, fällt ein Verzicht aber leicht.“ Warte man auf die Reifezeit, werde man durch die Freude am Aroma belohnt. Saisonale Ernährung sei darüber hinaus gesünder. „Es gibt immer genug, man muss sich halt vielleicht beim Kochen ein bisschen was überlegen: Was gibt’s und was mache ich damit?“ Das Argument, viele Menschen könnten die höheren Ausgaben für Bio-Lebens-

Die BäuerInnen bekommen für ihre Produkte, was sie verlangen.

„Es wird nicht gehandelt oder gefeilscht.“

mittel nicht stemmen, lässt Zimmermann nicht gelten: „Es ist leistbar. Was man bei mir bekommt, ist im Schnitt etwas teurer als beim Supermarkt-Diskonter. Aber nicht alle Produkte sind teurer.“ Dazu kommt, dass bei den Supermarktpreisen so manche Kosten nicht berücksichtigt sind. Denn auf Dauer müssen alle SteuerzahlerInnen für die Schäden aufkommen, die von der konventionellen Landwirtschaft verursacht werden. Sie müssen diesen Preis halt nicht an der Supermarktkasse bezahlen. Zudem gibt es einen eklatanten Qualitätsunterschied: „Deshalb ist es

„Viel wird dann weggeworfen – und das hat ja auch etwas gekostet: nicht nur die Umwelt, sondern auch die KonsumentInnen.“

Margret Zimmermann

ohnehin ein Vergleich von Äpfeln und Birnen“, hält Zimmermann fest. „Man muss sich entscheiden, wofür man Geld ausgibt, was einem etwas wert ist.“

Aktionen und Lockangebote der Supermärkte verführen zudem dazu, mehr zu kaufen, als gebraucht wird. Oder dazu, gar nicht genau zu überlegen, was man denn wirklich braucht. Die AK schätzt, dass 70 Prozent der Einkäufe in Österreich ungeplant geschehen. „Viel wird dann weggeworfen – und das hat ja auch etwas gekostet: nicht nur die Umwelt, sondern auch die KonsumentInnen“, so Zimmermann.

Laut dem im August veröffentlichten Bericht des UNO-Weltklimarats werden zwischen 25 und 30 Prozent aller weltweit produzierten Lebensmittel verschwendet oder weggeworfen. In Österreich allein fallen laut einer Bestandsaufnahme des Ökologie-Instituts im Jahr 760.000 Tonnen Nahrungsabfälle

an. Deshalb kann man allein schon mit einer besseren Einkaufsplanung einen großen Beitrag leisten. Bei essbar.at jedenfalls bleibt den KundInnen gar nichts anderes übrig, denn bis Dienstag muss bestellt werden. „Da braucht es ein bisschen Vorausschau“, sagt Zimmermann. „Man kann dann nicht am Donnerstag sagen, dass man ganz etwas anderes will.“ Sie beobachtet, dass das für viele Leute ein Problem darstellt. Die Umstellung fällt schwer. „Man muss sich darauf einlassen, bis sich ein Rhythmus einstellt.“

Zimmermann verschweigt nicht: Als kleines Geschäft zu überleben, der Marktmacht standzuhalten, ist nicht einfach. Schließlich weist Österreich europaweit die höchste Filialdichte an Supermärkten auf. Auch was die Marktkonzentration betrifft, liegt das Land im Spitzenfeld. „Da könnte die Politik schon lenkend eingreifen“, findet Zimmermann. Und zwar nicht nur, weil es diese Zustände nachhaltig orientierten Initiativen wie der ihren unnötig schwer machen.

Wenn man sich noch einmal all diese Aspekte durch den Kopf gehen lässt, so wird deutlich: Der Weg zu einer ökologischen Welt ist komplex. Die Erzählung vom Verzicht jedenfalls greift viel zu kurz. Vielmehr lässt sich viel gewinnen. Selbst die Wiener Beispiele werfen nur Schlaglichter auf eine Welt, die nicht nur anders, sondern besser sein könnte. Das macht Mut, denn es gibt schlichtweg keine Alternative mehr zum Umbau unserer Gesellschaft hin zu Ökologisierung und einer nachhaltigen Lebensweise. Nur so nämlich lässt sich das Szenario einer Klimakatastrophe noch vermeiden.



Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Die Klimaschutzbremse

Mit der geplanten Schuldenbremse wird eine Politik einzementiert, die einer fortschrittlichen Klimapolitik diametral entgegensteht.

Christa Schlager und Michael Soder

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Noch im September und damit noch vor den Nationalratswahlen wollen ÖVP, FPÖ und NEOS eine so genannte Schuldenbremse im Verfassungsrang beschließen. Die im Antrag enthaltene Regel sieht vor, dass das sogenannte strukturelle Defizit 0,45 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen darf. Eine Maßnahme, die nicht nur ökonomisch, sondern insbesondere auch ökologisch höchst unvernünftig ist. Denn zur Bekämpfung der Klimakrise ist eine öffentliche Investitionsoffensive notwendig, eine Schuldenbremse steht dem diametral entgegen. Dabei waren die Rahmenbedingungen für Investitionen schon lange nicht mehr so gut wie heute.

Aktuell zahlt die Republik Österreich negative Zinsen auf Anleihen mit einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren. Das heißt: Die Republik muss den AnlegerInnen weniger Geld zurückzahlen, als sie sich von ihnen geborgt hat. Insbesondere für die ÖVP war bisher Deutschland das Vorbild in dieser Sache. Doch gerade dort wird die Widersinnigkeit einer Schuldenbremse mittlerweile von ÖkonomInnen und PolitikerInnen aus unterschiedlichen Lagern erkannt und eine Änderung gefordert. Die türkis-blau-pinke Allianz will hingegen aus ideologischen und wahltaktischen Gründen Signale setzen und sie nun in Österreich in die Verfassung schreiben.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Doch gerade in der heutigen Situation brauchen wir ein Mehr an öffentlichen

Investitionen und nicht weniger. Die Klimakrise ist ein Ergebnis von Marktversagen. Treibhausgase werden emittiert, die Luftverschmutzung bzw. Umweltschäden werden aber den VerursacherInnen nicht bzw. nur bedingt zugerechnet. Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe braucht daher eine Finanzierung der öffentlichen Hand. Türkis-Blau-Pink beschneiden jedoch den budgetpolitischen Spielraum und verringern damit die Möglichkeit, um auf diese Entwicklungen reagieren zu können. Damit besteht das Risiko, dass Klimaschutz zur Privatsache degradiert und Finanzialisierung vorangetrieben wird.

Jedoch ist das Hoffen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und die Aktivierung privaten Kapitals trügerisch. Gerade bei bestehendem Marktversagen ist staatliches Handeln unumgänglich und wichtig. Denn um der Klimakrise effektiv entgegenzutreten, braucht es keine PR-Slogans wie „Mehr Privat, weniger Staat“, sondern die Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung. Es braucht auch einen politischen Fokus auf die aktive Gestaltung des Umbaus hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Zentrales Mittel dazu: gezielte öffentliche Investitionen. Sie werden jedoch durch die türkis-blau-pinke Zukunftsbremse gefährdet.

Nachhaltige Investitionen

Neben der Tatsache, dass umfangreiche Investitionen in den Klimaschutz notwendig sind, um nicht noch weiter in die Klimakatastrophe zu rutschen, bieten Investitionen in den Klimaschutz noch einen

zusätzlichen Vorteil: Sie erzeugen Mehrfachdividenden. Das heißt, sie schützen nicht nur den Planeten vor Überhitzung und vermeiden damit große Klimaschäden und hohe Anpassungskosten. Sie können zudem zu einem Innovations- und Technologievorsprung beitragen. Damit sichern sie Arbeitsplätze und schaffen günstige ökonomische Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung in Richtung einer nachhaltigen Zukunft.

Nicht zu unterschätzen ist auch ihre Bedeutung für eine moderne und klimafreundliche Infrastruktur, z. B. den öffentlichen Verkehr. Eine Mehrfachdividende bedeutet hier: leistbare und klimafreundliche Mobilität für alle. Die Einführung einer Schuldenbremse steht den notwendigen Investitionen in eine zukunftsfähige und klimafreundliche Infrastruktur aber entgegen. In der türkis-blau-pinke Welt wird offenbar vergessen, dass öffentlichen Schulden gleichzeitig immer auch öffentliches Vermögen gegenübersteht. Parks, Bäder, Kanal- oder Schienennetze: all das sind Infrastrukturen, die über die öffentliche Hand finanziert wurden und werden. Sie und die auf ihrer Grundlage entstehenden Leistungen sind es auch, die das tägliche Leben unterstützen und mitgestalten. Sie besitzen erhebliches Potenzial, um den Klimaschutz voranzutreiben und für die Zukunft in gute Bahnen zu lenken. Dazu braucht es allerdings auch finanzielle Grundlagen für notwendige Investitionen.

Fehlgeleitete Wirtschaftspolitik

Damit wird klar: Es braucht keine Schuldenbremse, die Investitionen auf Bundes-, aber auch auf Landes- und

Gemeindeebene behindert, sondern rasch Investitionen und Maßnahmen. Es gilt, den Umbau unseres Wirtschaftssystems zu begleiten und aktiv zu gestalten. Die Erreichung der Klimaziele und der Weg dorthin sind in den Vordergrund der wirtschaftspolitischen Debatte zu rücken. Zero Emission und eine „grüne Null“ müssen Vorrang vor ideologisch motivierten Nulldefiziten bzw. einer schwarzen – oder besser gesagt: türkis-blau-pinken – Null, noch dazu ohne ökonomische Notwendigkeit, haben.

In Deutschland – immer als Vorbild genannt – wird aktuell heftig über die Abkehr von der Schuldenbremse diskutiert. Selbst der Leiter des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, ist unter den Kritikern. Auch er sieht, dass die Schuldenbremse notwendige Investitionen verhindert. In der aktuellen Lage, bei Negativzinsen und hohem Handlungsbedarf in der Klimakrise, müssen öffentliche Investitionen ausgeweitet werden, und die Idee einer Schuldenbremse sollte endlich im Papierkorb landen.

Was zu tun ist

Österreich hat bisher verabsäumt, die notwendigen klimapolitischen Konzepte zu erarbeiten und Maßnahmen zu setzen. Im Zuge der Klimakrise gilt es aber, rasch zu reagieren. Zur Erreichung der Klimaziele und um die drohenden Strafzahlungen zu verhindern, muss deshalb als Sofortmaßnahme bis 2030 jedes Jahr mindestens eine Milliarde Euro zusätzlich in den Klimaschutz investiert werden. Die Arbeiterkammer hat dazu bereits Maßnahmen für eine geeignete Investitionsoffensive ausgearbeitet, die der klima- und energiepolitischen Herausforderung gerecht wird.

Die darin vorgeschlagenen Investitionen sollten sich vor allem auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (550 Millionen Euro), saubere Heiz- und Kühlsysteme sowie Maßnahmen zur thermischen Sanierung (200 Millionen Euro), die thermische Sanierung öffentlicher Gebäude (100 Millionen Euro), die Förderung der Energieeffizi-

enz (50 Millionen Euro), den Ausbau der Radinfrastruktur (40 Millionen Euro), den Ausbau der Photovoltaik (40 Millionen Euro) und die Klima- und Energieforschung (20 Millionen Euro) konzentrieren. Es wäre nicht nur dringend notwendig, sondern auch ökonomisch und ökologisch sinnvoll und richtig, statt der Schuldenbremse diese Klimaschutzmilliarde im September im Nationalrat als Sofortmaßnahme zu beschließen.

10 Gründe

warum die Schuldenbremse eine Klimaschutz- und eine Zukunftsbremse ist



Keine Investitionen bedeuten Klimakatastrophe und Strafzahlungen

Bis 2030 sind Investitionen von jährlich rund 3–4 Milliarden Euro notwendig

Keine Finanzierung des Klimaplanes

Fehlende Finanzzusagen im Rahmen des nationalen Energie- und Klimaplanes

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Klimaschutz ist eine öffentliche Aufgabe, die öffentliche Finanzierung braucht

Investitionen kommen allen zugute

Schulden und Vermögen sind siamesische Zwillinge

Negative Zinsen

Günstigere Investitionsbedingungen als jetzt gibt es kaum

Den Strukturwandel begleitende Maßnahmen

müssen zudem finanziert werden (Aus- und Weiterbildung, Regionalentwicklung)

Die Schuldenbremse wirkt prozyklisch

Sie verstärkt Krisen und gefährdet damit die wirtschaftliche und politische Stabilität

Falsche Hoffnung auf den Markt

Privates Kapital braucht Rendite und sorgt sich nicht um den Erhalt der Daseinsgrundlage

Privatisierungsdruck

Eine Schuldenbremse sorgt für eine „künstliche Verknappung“ öffentlicher Mittel

Auch Deutschland denkt um

Mittlerweile wird erkannt, dass eine Schuldenbremse gerade derzeit unsinnig ist

Quelle: AK

Institut der deutschen Wirtschaft (IW) / 10 Jahre Schuldenbremse – ein Konzept mit Zukunft?

tinyurl.com/yxgm34m2

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin bzw. den Autor

michael.soder@akwien.at
christa.schlager@akwien.at

oder an die Redaktion

aw@oegb.at



Steuern mit Steuern

Über die CO₂-Steuer wird heftig diskutiert. AK und Gewerkschaften wollen einen größeren Wurf, der das Steuersystem gerechter und ökologischer zugleich macht.

Christian Bunke
Freier Journalist

Die größten Hitzewellen dieses Rekordsommers sind inzwischen überstanden. Erst völlig am Anfang steht jedoch die dringende Debatte darüber, welche Schritte nötig sind, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch abzuwenden.

Noch während der Hitzetage hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung den Faden in dieser Debatte aufgenommen. Am 17. Juli ging es bei den vom ÖGB organisierten Sommerdialogen um das Thema „Klimawandel und Hitze“. Dabei ging es auch um die größere Frage, welche Rahmenbedingungen einer effektiven Klimapolitik momentan im Wege stehen. So warf ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian die Frage auf, „ob die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung rich-

tig ist“. Sein Fazit: „In einer Zeit, in der es angesichts der bedrohlichen Klimasituation Veränderung und Wandel braucht, ist die Innovationsbremse das falsche Signal.“

Doch was sind die richtigen Instrumente, um die Klimakrise zu bewältigen? Darüber wird heftig diskutiert. Klar ist: Es wird massive Investitionen brauchen. So sagt Franz Binderlehner von der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft vida: „Wir müssen das öffentliche Verkehrsnetz ausbauen, sowohl Bus als auch Bahn.“ Doch derlei Investitionen sind aktuell nirgends zu sehen.

Sozial und ökologisch

Statt der Schuldenbremse werden von vielen Umweltschutzorganisationen und auch den Gewerkschaften daher sozial gerechte Ökosteuern ins Spiel gebracht. Ansätze, wie dies möglich sein könnte,

gibt es bereits. Erneut muss man einen Schritt zurückgehen, denn es geht AK und Gewerkschaften nicht einfach nur darum, neue Steuern einzuführen. Vielmehr soll das Steuersystem gerechter und ökologischer zugleich werden.

Deshalb zählt auch die Einführung von Vermögenssteuern auf Privatvermögen von über einer Million Euro zum Ökosteuerkonzept, auch wenn diese oberflächlich betrachtet wenig mit Klimaschutz zu tun zu haben scheinen. Doch das täuscht, denn reiche Menschen belasten das Klima deutlich stärker als Menschen mit geringeren Einkommen – und gerade Vermögende leisten momentan einen sehr kleinen Teil zum Steueraufkommen. Der ÖGB bezieht sich bei dieser Forderung zudem auf Empfehlungen der EU-Kommission, welche eine Verlagerung des österreichischen Steuersystems auf Immobilien- und Vermö-

genssteuern bei gleichzeitiger Entlastung von ArbeitnehmerInnen vorschlägt. Laut ÖGB-Angaben könnten so sechs Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden, welche in Aus- und Weiterbildung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und eben auch den Klimaschutz gesteckt werden könnten.

Das Gegenteil davon planen die ehemaligen Regierungsparteien ÖVP und FPÖ. Sie möchten noch vor den Neuwahlen am 29. September ein Steuerreformgesetz durch den Nationalrat bringen, das Steuersenkungen vorsieht, die nicht gegenfinanziert sind. Deshalb ist nicht nur mit weiteren Einsparungen im Gesundheitsbereich, bei der Bildung und der Arbeitslosenunterstützung zu rechnen. Es stellt sich vor allem die Frage, wie unter solchen Vorzeichen Maßnahmen für den Klimaschutz finanziert werden sollen.

Zurück zu den klimapolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften. Im Jahr 2016 haben sich PRO-GE, vida und GPA-djp gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf ein sogenanntes „zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget“ verständigt. Die großen Themen waren schon damals: „Arbeit gerecht teilen, Klima schützen, Überfluss besteuern“. Es sei „mehr denn je nötig, das österreichische Steuersystem umfassend zu reformieren und zugleich öffentliche Ausgaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Lösung der Klimakrise zu erhöhen“.

Kein Widerspruch

Wichtig ist den AutorInnen des „Zukunftsbudgets“, dass „Antworten auf die steigende Arbeitslosigkeit nicht im Widerspruch zu Antworten auf die Klimakrise stehen“. Das Gegenteil sei der Fall: „Klima schützen und Jobs schaffen gehen Hand in Hand.“ Denn durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, das Vortreiben der Energiewende oder durch die Förderung ökologischer Landwirtschaft könnten viele Arbeitsplätze geschaffen werden. So schätzen die VerfasserInnen, dass durch zusätzliche Investitionen in die Pflege, in Bildung, eine gerechtere Verteilung von Arbeit u. a. durch Arbeitszeitverkürzung und weni-

ger Überstunden „rasch mehr als 160.000 Arbeitsplätze“ geschaffen werden können. All diese Investitionen sind Teil einer ökologisch orientierten Arbeitsmarktpolitik, heißt es im Zukunftsbudget. Um diese umsetzen zu können, sind zusätzliche finanzielle Mittel nötig: „Das alles ist mit Steuern auf große Vermögen, der Abschaffung von Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen und Konzerne, der Bekämpfung und Beendigung von Steuerflucht und -vermeidung sowie einer Ökologisierung des Steuersystems möglich.“

Beim Stichwort „Ökologisierung des Steuersystems“ machen sich bei vielen Menschen Ängste breit, dass hier wieder kleinere Einkommen die Hauptlast tragen sollen. Tatsächlich hatten Experimente mit sogenannten „Ökosteuern“, welche vor allem PendlerInnen betrafen, genau diesen Effekt gehabt. Schon jetzt werden viele Kosten auf VerbraucherInnen abgewälzt.

Hinzu kommt, dass hierzulande umweltschädliche Energieträger staatlich subventioniert werden. So profitiert die Luftfahrt von zahlreichen Förderungen und Steuererleichterungen. Kerosin wird nicht besteuert. Der seit einigen Jahren skandalumwitterte Dieseltreibstoff wird über das sogenannte „Dieselprivileg“ günstiger besteuert als herkömmliches Benzin.

Beim ÖGB kennt man die Problematik. In einem Arbeitspapier für den Sommerdialog 2019 wird „Kostenwahrheit im internationalen Flug- und Schiffsverkehr“ gefordert. Außerdem heißt es dort, dass in Österreich „der Verkehr zu 70 Prozent für den CO₂-Ausstoß verantwortlich“ sei. Die Forderung nach „Umweltsteuern mit Lenkungseffekt“ wird aber abgelehnt, solange „wir den Menschen keine ordentliche Alternative zum Auto anbieten können, etwa durch gute Infrastruktur und guten öffentlichen Verkehr“. Gefordert werden außerdem moderne Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing oder Sammeltaxis sowie eine Umstellung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Bei all den kommenden Veränderungen sei es essenziell, ArbeitnehmerInnen in die Veränderungsprozesse einzubinden, in neue und umweltfreundliche Technologien zu inves-

tieren sowie für Weiter- und Umqualifizierungen bei IndustriearbeiterInnen zu sorgen.

Vor falschen Hoffnungen in CO₂-Steuern warnt indes AK-Steuerexperte Dominik Bernhofer. „Die Gewerkschaften und die AK müssen bei der Klimawende auf die Verteilungsgerechtigkeit achten“, sagt er. Das zeige auch das Beispiel Frankreich, wo eine Massensteuer auf Treibstoff die Massenproteste der Gelbwesten ausgelöst habe. „CO₂-Steuern machen dort Sinn, wo auch Lenkungseffekte zu erwarten sind. Die Energieversorger und die Schwerindustrie haben da einen größeren Hebel als die Verbraucher“, so Bernhofer. Außerdem brauche es zielgerichtete Maßnahmen im Verkehrsbereich. Hier kann sich der AK-Experte unter anderem die Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut, einen Bonus für Öffi-PendlerInnen sowie eine Steuerbefreiung für Bahnstrom vorstellen. Die Bahn dürfe gegenüber der Straße nicht benachteiligt, sondern müsse bevorzugt behandelt werden. Steuerprivilegien für den internationalen Flugverkehr will er abschaffen und die Halbierung der österreichischen Flugticketsteuer zurücknehmen. Bei alledem ist eines klar: Solche Maßnahmen, wie auch Vermögens- und Körperschaftsteuern, werden den Widerstand der Industrie und ihrer Lobbyorganisationen hervorrufen. Aber Steuergerechtigkeit muss einfach sein. Denn es ist nicht nur so, dass Menschen mit geringeren Einkommen nicht zu den Hauptverursachern des Klimawandels zählen – sie sind auch jene, die viel stärker die Konsequenzen zu spüren bekommen.

Zukunftsbudget:

tinyurl.com/y268sad2

ÖGB-Sommerdialog zu Klima und Hitze:

tinyurl.com/y3nymbtc

Arbeiterkammer for Future:

tinyurl.com/y33ms49w

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

christian@bunke.info

oder an die Redaktion

aw@oegb.at

Fundament oder Ablasshandel?

Mit dem Emissionshandel will die EU den Ausstoß klimaschädlicher Gase reduzieren. Nur ist er wirklich dazu geeignet, die Pariser Klimaziele zu erreichen?

Christoph Streissler

Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Tagtäglich werden klimaschädliche Gase in die Luft ausgestoßen. Um diese zu reduzieren, wurde im Jahr 1997 in der japanischen Stadt Kyoto der so genannte Emissionshandel aus der Taufe gehoben. Damals einigten sich die Vertragsstaaten darauf, den weltweiten Gesamtausstoß Schritt für Schritt zu reduzieren. Wer mehr ausstößt, kann sich davon sozusagen „freikaufen“, indem er Zertifikate kauft. Dieses System hat man in der EU adaptiert.

Verfeuert ein Industrieunternehmen oder ein Kraftwerk in der EU Kohle, Erdöl oder Erdgas, so zahlt es dafür doppelt: zum einen den Preis für den Energieträger selbst, zum anderen den Preis, der für die Belastung der Atmosphäre mit dem Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) zu Buche schlägt. Denn seit 2005 braucht es für diese umweltbelastende Tätigkeit in der EU eine Berechtigung. Seither müssen alle großen Energieverbraucher für die Menge der von ihnen ausgestoßenen Treibhausgase Zertifikate vorlegen, die einen Marktpreis haben. Die Gesamtmenge dieser Zertifikate ist begrenzt, und die Unternehmen können sie untereinander handeln.

Ein „Cap and Trade“-System

Dies ist die Grundkonzeption des Europäischen Emissionshandels (EU Emissions Trading System, ETS), der aus zwei Elementen besteht: Erstens ist die Gesamtmenge an Emissionen dadurch beschränkt, dass in der EU in jedem Jahr

nur eine vorgegebene Menge an Zertifikaten ausgegeben wird. Zweitens können die Unternehmen die Zertifikate untereinander handeln. Dadurch haben sie die Wahl, entweder ihre Emissionen zu vermindern oder höhere Emissionen durch Zukauf zusätzlicher Zertifikate zu ermöglichen.

Das System sollte zunächst dazu beitragen, dass die EU das **Kyoto-Ziel** erreicht. Demnach sollten in den Jahren 2008 bis 2012 acht Prozent weniger klimaschädliche Gase ausgestoßen werden als 1990. Mit einigen Anpassungen – etwa der stärkeren Zentralisierung der Vergabe der Zertifikate und einem Ende der Gratiszuteilung von Zertifikaten für die Stromerzeuger – wird das System seit 2013 weitergeführt.

Reduktion um 43 Prozent bis 2030

Bis zum Jahr 2030 sind die Ziele der EU-Klima- und Energiepolitik bereits verbindlich festgelegt: Der Ausstoß an Treibhausgasen soll dann um 40 Prozent geringer sein als 1990. Die energieintensive Industrie und die Energieversorger haben an den gesamten Emissionen der EU einen Anteil von etwa 45 Prozent; die restlichen 55 Prozent der Emissionen entstehen vor allem in den Sektoren Verkehr, Raumwärme, Gewerbe und Landwirtschaft. Während die Mitgliedstaaten in diesen Bereichen Reduktionsmaßnahmen umsetzen müssen, damit das Ziel 2030 erreicht wird, ist die Emissionsverringering der Industrie im Rahmen des ETS ein gesamteuropäisches Projekt. Hier soll bis 2030 im Vergleich zu 2005 eine Reduktion um 43 Prozent gelingen.

Die Teilnahme am Emissionshandel ist verpflichtend: Jeder Betreiber einer Industrieanlage, die unter die Richtlinie fällt, muss mitmachen. Das betrifft etwa alle Stahlwerke, Zementanlagen, Papierfabriken, viele Chemieunternehmen sowie alle größeren kalorischen Kraftwerke – in der gesamten EU sind das ungefähr 11.000 Anlagen, in Österreich knapp 200.

Jeder Betreiber einer solchen ETS-Anlage muss sicherstellen, dass seine CO₂-Emissionen durch Zertifikate gedeckt sind. Zu Beginn des Folgejahres sind Zertifikate im Umfang der Emissionen des vorangegangenen Jahres an den Staat zurückzugeben; sie werden gelöscht. Zertifikate behalten ihre Gültigkeit über das Jahr der Ausgabe hinaus. Das heißt, dass nicht gelöschte Zertifikate auch zur Abdeckung der Emissionen in späteren Jahren aufbewahrt werden können. Betreiber erhalten Zertifikate durch Ersteigerung, durch Gratiszuteilung oder durch Kauf von anderen Betreibern. Die Gratiszuteilung soll die Kostenbelastung für produzierende Unternehmen verringern, um den Druck zu mindern, die Produktion in Drittstaaten zu verlagern, in denen keine vergleichbare Kostenbelastung für die CO₂-Emissionen besteht („Carbon Leakage“, siehe unten).

Auktionen

Jedes Jahr geben die EU-Staaten eine bestimmte Menge an Zertifikaten aus; diese Menge sinkt von Jahr zu Jahr. Dadurch ist sichergestellt, dass nicht mehr emittiert wird, als es dem Ziel für 2030 entspricht.

Ein Teil der Zertifikate wird den Unternehmen gratis gegeben, ein Teil wird versteigert. Der Preis der Emissionszertifikate bildet sich am Auktionsmarkt und am Sekundärmarkt. Während der Preis lange Zeit bei etwa fünf Euro pro Tonne lag, stieg er in den letzten eininhalb Jahren deutlich und liegt derzeit (Anfang August 2019) knapp unter 30 Euro. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Zertifikate knapper sind, als sie es lange Zeit waren.

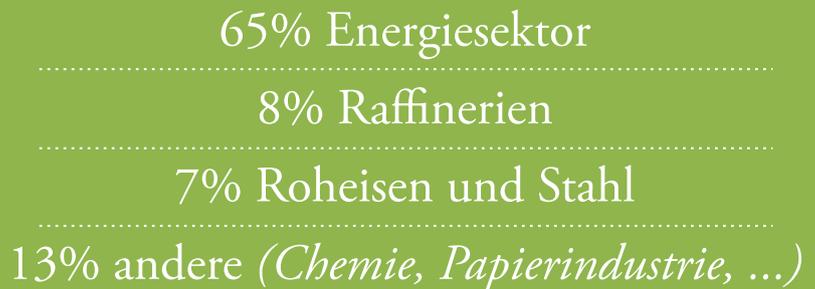
Denn über einige Jahre gab es im EU-ETS einen bedeutenden Überschuss an Zertifikaten, und zwar aus zwei Gründen: Erstens führte die Krise 2008 zu einem Einbruch von Nachfrage und Produktion, sodass den ETS-Unternehmen viel mehr Zertifikate zur Verfügung standen, als ihnen zugeteilt worden waren. Zweitens konnten Betreiber von ETS-Anlagen zu einem gewissen Teil auch projektbezogene Zertifikate aus anderen Staaten verwenden, um ihre Emissionen zu bedecken. Da diese deutlich billiger waren als die ETS-Zertifikate, kam es zu einem Zustrom projektbezogener Zertifikate.

Der niedrige Preis im EU-ETS wurde von vielen als Zeichen des Versagens des Systems gedeutet. Doch es war bald klar, dass vor allem das Überangebot an Zertifikaten den Preis drückte. Daher wurden auf Vorschlag der Europäischen Kommission Schritte gesetzt, die die Überschussmenge verringern sollten. Dies war vor allem die Bildung der sogenannten Marktstabilitätsreserve: Seit Anfang 2019 werden dabei nach einem gewissen Automatismus Teile des Überschusses vom Markt genommen. Dieser Eingriff ist der wesentliche Grund für das Ansteigen des Zertifikatspreises, der in den letzten zwei Jahren zu beobachten war.

Befürchtete Produktionsverlagerung

Das Steigen des Preises in der EU hat auch der Sorge wieder Auftrieb verliehen, dass Produktionsunternehmen wegen der Kostenbelastung in der EU ihren Standort in andere Staaten verlagern. Dieser Vorgang wird als „Carbon Leakage“ bezeichnet. Ob dies zu Recht befürchtet wird, ist umstritten. Jedenfalls führte intensives Lobbying der energieintensiven Industrie dazu, dass

Verteilung der CO₂-Emissionen in der EU



Quelle: Europäische Umweltagentur (EEA), eigene Darstellung. Ohne Flugverkehr

ein großer Teil der Zertifikate den Unternehmen gratis gegeben wird. So lagen in Österreich die Emissionen der Industrieunternehmen (ohne Energieversorgung) im Jahr 2018 bei etwa 21,3 Millionen Tonnen CO₂. Davon erhielten diese Unternehmen 17,1 Millionen Zertifikate gratis. Das entspricht beim Durchschnittspreis des Jahres 2018 (15,7 Euro pro Tonne) einer Subvention für die Industrieunternehmen von fast 270 Millionen Euro. Doch nur für wenige Unternehmen ist die Verlagerung eine reale Bedrohung.

Mittelfristig gibt es auch nicht genug Zertifikate, um diese Gratiszuteilung aufrechtzuerhalten. Daher wird über andere Instrumente nachgedacht, mit denen die europäische Industrie gezielt vor Verlagerung geschützt werden kann. Dabei werden immer wieder Zölle ins Spiel gebracht, die auf emissionsintensive Waren aus Staaten eingehoben werden sollen, in denen CO₂ noch ungehindert emittiert werden kann. Es gibt viele Schwierigkeiten bei der Einführung derartiger „Grenzausgleichszölle“, aber sie dürften bedeutend zielgenauer sein als die Gratiszuteilung.

Auf lange Sicht muss es schließlich darum gehen, dass alle Staaten der Welt

Schritte setzen, die den Ausstoß von CO₂ eindämmen. Je mehr Staaten dies tun, desto geringer ist das Problem der Verlagerung der Industrie wegen unterschiedlicher Kosten beim Klimaschutz. Es ist ein ermutigendes Signal, dass im kommenden Jahr China mit einem Emissionshandelssystem beginnt, das an das europäische angelehnt ist.

Wenn die Zahl der Staaten wächst, die die CO₂-Emissionen wirksam beschränken, dann kann die Gratiszuteilung im EU-ETS aufgegeben werden. Dann hat der EU-Emissionshandel das Potenzial, als Instrument des Klimaschutzes wirksamer und effizienter zu werden und einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens zu leisten.

Video „Emissionshandel einfach erklärt“:
tinyurl.com/y6jdlxcu

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
christoph.streissler@akwien.at

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Geht Mobilität ohne Klimaschäden?

Es geht nicht ohne Trendumkehr im Verkehr. Gerade bei den Öffis klafft eine Lücke, sodass zu viele Menschen auf das Auto angewiesen sind.

Sylvia Leodolter

Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Eines muss von Anfang an klar gesagt werden: Wenn wir im Verkehr weitermachen wie bisher, sind die Klimaziele unerreichbar. Denn gerade dieser Sektor ist für einen sehr großen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich. In konkreten Zahlen: Fast 30 Prozent werden vom Verkehr ausgestoßen: Im Jahr 2017 waren dies Treibhausgasemissionen (THG) im Ausmaß von 23,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Das bedeutet eine erneute Steigerung von fast drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr – und eine Verfehlung der im nationalen Klimaschutzgesetz vorgegebenen Mengen.

Die ersten Daten für 2018 zeigen, dass die Emissionen des Verkehrs – im Gegensatz zu allen anderen Sektoren – erneut gestiegen sind. Österreich ist aber jedenfalls im Rahmen der EU verpflichtet, bis 2030 die THG-Emissionen insgesamt um 36 Prozent zu senken. Im Verkehr sollen 2030 nur mehr 15,7 Millionen Tonnen ausgestoßen werden.

Die Ursachen für die negative Bilanz liegen im ungebremsten Wachstum des Verkehrs. 89 Prozent der benötigten Energie des Verkehrssektors (ohne Luftfahrt) stammen aus fossilen Erdölprodukten. Die Fahrleistung des Pkw-Verkehrs und noch stärker des Lkw-Schwerverkehrs ist auch 2017 weiter gestiegen. Und die Politik ist untätig: Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr? Bisher Fehlanzeige oder kontraproduktiver Populismus wie Tempo 140 auf der Autobahn.

Rückgrat der Mobilitätswende

Wenn man die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen als Ansatzpunkt für sozial und ökologisch verträgliche Maßnahmen wählt, ist eine Welt mit deutlich weniger CO₂-Emissionen vorstellbar und durchaus sehr attraktiv. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Mobilität kein Selbstzweck ist. Vielmehr dient sie als Mittel zur Erfüllung dahinterliegender Grundbedürfnisse. Wer nicht mobil ist, kann am sozialen und öffentlichen Leben kaum teilnehmen. Neben der Frage der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes geht es auch um soziale Kontakte, Nahversorgung, Bildung, Erholung und um Lebensqualität. Daraus ergibt sich, dass die Sicherstellung der Mobilität für alle Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Am besten dazu geeignet – aus ökologischer und sozialer Sicht – ist der öffentliche Verkehr. Er ist ein zentraler Schlüssel für eine Mobilitätswende.

Die von Verkehrsverbänden, Ländern und dem Bund gemeinsam 2016 beschlossenen Mindestbedienstandards für die Versorgung mit öffentlichem Verkehr sind zwar ein positiver Schritt in Richtung eines flächendeckenden Angebots. Allerdings sind sie noch weit davon entfernt, das private Auto für die Bevölkerung und insbesondere die ArbeitnehmerInnen am Land entbehrlich zu machen. Das Hauptangebot des öffentlichen Verkehrs am Land richtet sich nach den SchülerInnen. Daher gibt es in Österreich für rund 1,7 Millionen Menschen oder fast 21 Prozent der Bevöl-

kerung an Werktagen ohne Schulbetrieb keine Mindestversorgung (vier Buspaare pro Tag) mit öffentlichem Verkehr. Aber auch an Schultagen gilt dies immerhin noch für 1,3 Millionen. Dazu kommen noch rund 14 Prozent der Bevölkerung, für die es gerade einmal diese Basiserschließung gibt – zu wenig Angebot, um auf dem täglichen Arbeitsweg auf den öffentlichen Verkehr setzen zu können.

Fehlende Alternativen

Für ArbeitnehmerInnen ist der tägliche Weg zur Arbeit der wichtigste Mobilitätsgrund. Während im österreichischen Schnitt zwei Drittel der Erwerbstätigen ihren Arbeitsweg mit einem Pkw (61 Prozent als LenkerIn) und nur ein Drittel klimafreundlich mit dem öffentlichen Verkehr (14 Prozent), zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigen, dominieren in ländlichen Regionen die AutopendlerInnen. Im Burgenland beträgt der Anteil der Pkw-PendlerInnen 73 Prozent, aber sogar in Wien fahren – trotz des ausgezeichneten öffentlichen Angebots – 34 Prozent täglich mit dem Auto in die Arbeit. Ein attraktives Angebot macht also einen gewaltigen Unterschied, aber offensichtlich gibt es auch andere Gründe für die Verkehrsmittelwahl.

Dieser Blick auf die Daten macht deutlich, dass der öffentliche Verkehr wesentlich für einen Ausstieg aus der fossilen Mobilität ist. Eine Offensive in diesem Bereich muss viele Elemente beinhalten: Ausbau der Infrastruktur, um Engpässe und „weiße Flecken“ zu beseitigen; den Bedürfnissen entspre-

chende Verbindungen mit einem integrierten Taktfahrplan und leistbaren Tarifen; bessere Erreichbarkeit regionaler Zentren und Arbeitsplätze auch an schulfreien Tagen und an Tagesrandzeiten; flexible Mobilitätsangebote in weniger dicht besiedelten Orten (Mikro-ÖV), integriert in die Verkehrsverbünde und mit fair bezahlten Beschäftigten; ausreichende und sichere Umsteigemöglichkeiten vom Fahrrad oder dem (elektrisch betriebenen) Pkw auf Bahn und Bus.

Deutlich mehr nötig

Derzeit werden in vielen Bundesländern gemeinsam mit dem Bund neue Verkehrsdienserverträge – also langfristige (10 bis 15 Jahre) Bestellungen – im Eisenbahnnahverkehr verhandelt. Sie müssen bis Jahresende 2019 abgeschlossen sein, um ab 2020 das ÖV-Angebot auf der Schiene sicherzustellen. Zwar ist durchaus eine Ausweitung des Schienenangebots vorgesehen, allerdings reicht dies nicht für eine echte Mobilitätswende. Zusätzliche Investitionen in den öffentlichen Verkehr sind daher ein Gebot der Stunde: von Infrastruktur über neue Verbindungen und dichtere Intervalle auf der Bahn und im Stadt/Umlandverkehr bis zu Mikro-Angeboten im ländlichen Raum. Die AK fordert im Rahmen einer Klimaschutzmilliarde, die jährlich bis 2030 für Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zur Verfügung gestellt werden soll, den größten Teil, nämlich 550 Millionen jährlich, für den umfassenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Ein wichtiges Element für eine gesündere, klimaneutrale Mobilität ist das Zufußgehen und der Radverkehr. Wenn man bedenkt, dass die meisten Wege nicht nur in den großen Städten, sondern auch in ländlichen Regionen kurz sind – zwei Drittel aller Wege sind kürzer als zehn Kilometer, die Hälfte der Wege ist sogar kürzer als fünf Kilometer –, wird das Potenzial für das Fahrrad und gut gesicherte Fußwege deutlich. Vor allem in ländlichen Regionen muss daher deutlich mehr in die Radinfrastruktur (Radwege, Bike & Ride) investiert werden, die AK fordert zusätzlich 40 Millionen jährlich dafür.

Lücke beim öffentlichen Verkehr am Land



33% Kein ausreichender Zugang zu Öffis

21% Keine Mindestversorgung an Werktagen ohne Schule

15% Keine Mindestversorgung an Schultagen

Quelle: Österreichische Raumordnungskonferenz (2017)

Elektromobilität als Lösung?

Die bislang ausgereifteste CO₂-arme Technologie ist der Elektroantrieb. Er ist emissionsfrei und effizienter, leiser und wartungsärmer als Verbrennungsmotoren, und der erforderliche Strom kann – zumindest prinzipiell – erneuerbar erzeugt werden. Der öffentliche Verkehr ist schon in hohem Maße elektrifiziert und bewährt. Die Klimabilanz von Eisenbahnen, U- und Straßenbahnen ist konkurrenzlos gut. Gesamt betrachtet emittieren sogar E-Autos um 6,5-mal mehr und Diesel- oder Benzin-Pkw um 15,2-mal mehr CO₂ als der elektrifizierte öffentliche Verkehr.

E-Mobilität ist daher vor allem im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr eine sinnvolle Lösung. Die volle Elektrifizierung des Bahnnetzes, die Umstellung auf E-Busse sowie die dringend nötige Ergänzung des Öffi-Netzes im ländlichen Raum durch zusätzliche (E-Mobilitäts-) Angebote oder die Umstellung von Liefer- oder Taxiflotten auf elektrischen Antrieb können wesentlich zum Klimaschutz beitragen. Die aktuelle Förderung eines privaten Elektroautos summiert sich inklusive Steuerausfall auf 10.000 bis 15.000 Euro, bei betrieblichen gar auf 20.000 Euro.

Eine Tonne eingespartes CO₂ kostet circa 400 Euro an Subventionen. Da E-Autos derzeit noch relativ teuer sind, kommen diese Förderungen kaum ärmeren Haushalten zugute, sondern häufig als Zweit- oder Drittauto genutzten Pkws. Diese Art der Förderung ist daher weder kostengünstig noch sozial ausgewogen.

Der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben (elektrisch, Wasserstoff) ist grundsätzlich Teil einer Gesamtstrategie, um die Klimaziele im Verkehr erreichen zu können, aber er reicht keinesfalls aus. Nur ein gut abgestimmtes und sozial ausgewogenes Maßnahmenpaket mit einem klaren Schwerpunkt auf den öffentlichen Verkehr – das auch Maßnahmen beinhaltet, um den (fossil betriebenen) Pkw- und Lkw-Verkehr dort einzuschränken, wo es Alternativen im öffentlichen Verkehr gibt – wird den nötigen Beitrag leisten.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sylvia.leodolter@akwien.at
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Wo der Kies sprießt und blüht

Flächenversiegelung und Monokultur verdrängen Lebensraum – statt Gras wachsen Steine. Was für manche vordergründig praktisch wirkt, ist fürs Klima gefährlich.

Sophia Fielhauer und Christian Resei
Freie JournalistInnen

Land unter Baustoff. In Österreich werden täglich rund 20 Hektar an Äckern und Wiesen für Baumaßnahmen zerstört. Das entspricht gut 30 Fußballfeldern pro Tag. Viele Gegenden sind dementsprechend zersiedelt – das Ergebnis einer verfehlten Raumplanung. Einfamilienhäuser liegen wild in der Landschaft verstreut, Shoppingcenter werden im Niemandsland an den Gemeindegrenzen kleiner Ortschaften – bei gleichzeitig verödenden Ortskernen – errichtet. Siedlungen, die vor allem für die Autonutzung gebaut wurden und ohne Pkw äußerst unattraktiv sind, überwiegen.

Ideen allein genügen nicht mehr

Gegenmaßnahmen, die schon gut 20 Jahre bekannt sind: der sorgsame Umgang mit Grund und Boden, effizientere und widmungskonforme Nutzung von Flächen, Mobilisierung von Bauland, flächensparendes Bauen, Revitalisierungs- und Recyclingmaßnahmen von Flächen wie baulichen Strukturen – diese Ideen sind als Ziele in der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes formuliert, die schon im

Jahr 2002 vom Ministerrat beschlossen wurde. Festgehalten wird darin auch die ungebremste Entwicklung des Bodenverbrauchs. Der Zuwachs dauerhaft versiegelter Flächen sollte deshalb auf täglich 2,5 Hektar begrenzt werden – das ist ein Achtel des derzeit pro Tag geplanten Bodens. Doch Österreich ist von den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie sehr weit entfernt.

Das liegt auch an den lokalen Kommunen. Die Bürgermeister wirken dort als Baubehörde in erster Instanz und haben großen Einfluss auf die Bebauung der Gemeinde. Besonders in kleinen Ortschaften ist die Beziehung zu den Bürgern eng. „Je kleiner der Ort, desto näher stehen sich die Personen, und desto schwieriger ist es, unpopuläre Maßnahmen wie etwa strenge Bauvorschriften durchzusetzen“, weiß Thomas Ritt, Leiter der Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien. Wer einer Familie die Bebauung verweigert, verliert unter Umständen wichtige WählerInnen. „Außerdem haben BürgermeisterInnen in kleineren Gemeinden keine eigene Planungsabteilung“, erklärt der AK-Experte. Deshalb fordert er eine bessere fachliche Unterstützung für die Entscheidungsträ-

gerInnen im ländlichen Raum. „Strikte Vorgaben, die von den Bundesländern formuliert werden, könnten den BürgermeisternInnen helfen.“ Problematisch wirken sich die am Dorfrand angesiedelten Supermärkte mit ihren riesigen Parkplatzflächen aus. „Wenn ein Ort auf das Einkaufszentrum verzichtet, dann bewilligt es die Nachbargemeinde – es wird dann an der gegenüberliegenden Seite der Ortsgrenze gebaut“, gibt Ritt zu bedenken. Hier sollte es übergeordnete Regelungen und mehr regionale Zusammenarbeit geben.

Keine Laune der Natur

Freilich, die Bodenversiegelung ist nicht das einzige Problem, vermerken Experten. Thomas Ritt: „Da gibt es eine scheinheilige Argumentation: ‚Um Gottes willen, in Österreich wird so viel Agrarland versiegelt.‘“ Eine Klage, die von der Landwirtschaftslobby immer wieder gerne vorgetragen wird. Doch gerade die Monokultur trägt viel zur Klimaerwärmung bei. Dass es weniger Insekten



und Artenvielfalt gibt, dafür trägt die Landwirtschaft durchaus Verantwortung. „Die ‚Schweinchen-Babe-Idylle‘, wo es kleine Felder mit verschiedenen Pflanzen gibt und nicht gespritzt wird, entspricht nicht der Realität der österreichischen Landwirtschaft“, weiß Thomas Ritt.

Eine Einfamilienhaus-Siedlung bietet trotz aller ökologischer Nachteile doch mehr Lebensräume für Tiere als etwa eine Monokultur mit Rapsfeldern. „In einer Siedlung finden sich unterschiedliche Baumarten, Sträucher und Hecken, es wird gegossen und dadurch Feuchtigkeit abgegeben.“ Keine Laune der Natur, aber eine vom Menschen gemachte Entwicklung: Die Vielfalt der Arten ist in städtischen Gebieten mittlerweile höher als in intensiv landwirtschaftlich bearbeiteten Gebieten, in Wien ist sie etwa größer als im Marchfeld. Experte Ritt sagt es deutlich: „Nur betonierte Parkplätze sind ökologisch schlechter als etwa ein Maisfeld.“

Die Auswirkungen spüren wir alle. Durch den Wegfall des natürlichen Bodens als wichtiger CO₂- und Wasserspeicher werden Wetterextreme wie Hitzewellen, Dürre, aber auch Überschwemmungen weiter zunehmen. Die Artenvielfalt leidet, die Landschaften werden zerschnitten und die Ausbreitung sowie Wanderung von Pflanzen und Tieren wird unterbunden.

Betonierte Steingärten

Aber auch die Gestaltung der Einfamilienhausidylle trägt ihren Teil zur Klimaerwärmung bei. Abgesehen davon, dass Eigenheime einen großen Teil eines Grundstücks versiegeln, wackeln die Haus- und Gartenträume auch an anderen Stellen. „Dort, wo früher Holzzäune und Hecken als Begrenzung standen, hat sich ein neues ‚gartenarchitektonisches Statement‘ breitgemacht: die Gabionenwand“, stellt Christian Pichler, Referent für Raumplanung und Raumordnung in der Arbeiterkammer Wien, fest und hält mit seiner Verwunderung über diese Entwicklung nicht hinter dem Berg: Drahtkörbe, die mit Steinen befüllt und im Stecksystem beliebig erweiterbar sind. Bekannt sind die „Steine im Käfig“ vor allem aus der Hangsicherung in Weinbergen oder als Lärmschutz an Autobahnen.

In Deutschland werden die Drahtkorbmauern bei privaten Einfriedungen zunehmend verboten – nicht allein, weil

sie sich mit ihrem martialischen Auftritt zu wuchtig ins Ortsbild drängen. Die Gabionenwände, deren Steine die Hitze speichern, heizen die Siedlungen auch auf – in Zeiten der steigenden Klimaerwärmung keine nützliche Begleiterscheinung. Wenig hilfreich sind auch Gestaltungsmoden, die mit Gärten nur wenig gemein haben. Waren es früher Rasen und Thujenhecken, die pflegeleicht erschienen, werden heute praktische Schotterflächen angelegt. Beliebte ist der weiße Zierkies. „Den schüttest du hin und brauchst nichts weiter zu tun“, zeigt sich Experte Pichler eher entsetzt. „Ab und zu wird noch ein Unkrautmittel gespritzt, dann wächst dort nichts, und es schaut ‚gepflegt‘ aus.“

Lästige Bäume werden gefällt, denn sie lassen Laub fallen und stehlen Licht. Dafür wird eine Garage im hintersten Eck des Grundstücks errichtet – damit ist die Fläche beinahe durchgehend asphaltiert. „Viele Hausbesitzer finden das praktisch, da kann schnell ‚durchgekärchert‘ werden und das macht wenig Arbeit“, ist sich Pichler sicher. Das Ergebnis hat sich auch in diesem Sommer wieder gezeigt: „Viele Gärten waren heuer in der Sommerhitze nicht mehr nutzbar.“

Interessant: Im Burgenland wird beispielsweise ähnlich wie in Oberösterreich gebaut – und das, obwohl es unterschiedliche klimatische Voraussetzungen gibt. Ebenso sind die erworbenen Grundstücksgrößen gleich groß – ungeachtet dessen, dass Bauland in manch burgenländischer Region weitaus günstiger ist als etwa in den Speckgürteln der Städte.

Asphaltierte (Alb-)Träume

Planiert wird der Lebensraum etwa auch für den Ausbau von Schnellstraßen – ein gutes Beispiel dafür ist die Verlängerung der S31 im Burgenland an die ungarische Grenze bei Rattersdorf. Und es wird weiter gerodet und gebaut, denn die Bahn fährt schon lange nicht mehr. Die Verbindung von Friedberg nach Oberwart wurde 2011 eingestellt, jene von Oberwart in die Gemeinde Rechnitz bereits 1982. Außer Bussen gibt es keinen öffentlichen Verkehr – die BewohnerInnen sind daher aufs Auto angewiesen. Öffentlicher Verkehr funktioniert nur, wenn er regelmäßig und in kurzen Intervallen fährt, denn sonst fehlt die Akzeptanz. „Am Land funktionieren die Öffis, wenn

BUCHTIPP

Die aktuelle Nummer der „AK Stadt“ mit dem Titel „In der Hitze der Stadt“ befasst sich mit den Folgen der Bodenversiegelung in urbanen Gebieten: Gratis zu bestellen unter stadt@akwien.at oder unter 01 50165-13047



Florian Schwinn: **Rettet den Boden! – Der Kampf um den kostbaren Humus.** 2019 Westend Verlag



Bestellung: www.westendverlag.de

die Schüler in die Schule fahren, sonst sind sie eine mittlere Katastrophe – darum haben die meisten Familien auch zwei Autos“, erklärt Thomas Ritt. Um öffentlichen Verkehr sinnvoll betreiben zu können, ist eine gewisse Besiedlungsdichte Voraussetzung. Zersiedelung wirkt sich daher auch hier negativ auf den Klimaschutz aus.

Andererseits stößt der öffentliche Verkehr auf einigen Strecken längst an seine Kapazitätsgrenzen: Für die Fahrt zwischen Wiener Neustadt und Wien nutzen 80 Prozent der Menschen das Auto. Gleichzeitig fahren Züge bereits in engem Takt und sind zu den Stoßzeiten überfüllt. Würde die Südbahn nach dem Vorbild der Westbahn viergleisig ausgebaut, könnten etwa weitere 20 Prozent als Gäste für die Bahn gewonnen werden. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die Blechlawine nach Wien wohl weiterhin nicht abreißen würde. Sprich: Um eine Änderung im Sinne des Klimaschutzes zu erreichen, muss auf vielen Ebenen gedacht und angeordnet werden. Denn nur dann kann es auch wirklich funktionieren.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin bzw. den Autor resei@gmx.de oder an die Redaktion aw@oegb.at

Highlights aus dem awblog.at,
der digitalen Ergänzung zur Print-
ausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“.

Menschenrechte in Unternehmen verankern

Phil Bloomer, Claudia Saller

Ein Europa, „das international die Führung übernimmt, wenn es um die großen Herausforderungen unserer Zeit geht“: Das war die eindringliche Formulierung der neuen Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen. Dazu müssen auch menschenrechtliche Aspekte von unternehmerischen Aktivitäten und deren verbindliche Verankerung zählen.

In den vergangenen Jahren gab es sowohl auf europäischer Ebene als auch innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten erste Schritte hin zu einer stärkeren Achtung von Menschenrechten bei Unternehmensaktivitäten entlang der Wertschöpfungskette. So enthalten etwa das französische Sorgfaltspflichtengesetz oder das niederländische Gesetz gegen Kinderarbeit verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten.

Mit der neuen EU-Kommission besteht die Chance, zu einem breiten und tiefgreifenden Konsens über die Notwendigkeit einer entsprechenden EU-weiten Regelung zu gelangen. Dies entspräche dem Anspruch einer Führungsrolle Europas bei der Lösung einer wichtigen globalen Herausforderung, wie ihn von der Leyen zum Ausdruck bringt.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/wirtschaft-und-menschenrechte

Gender Pay Gap: Erklärt ist nicht gerecht

Sybille Pirklbauer

In jeder Diskussion um den Gender Pay Gap kommt zuverlässig der Versuch einer Erklärung, warum der Einkommensnachteil der Frauen gerechtfertigt ist. Schließlich würden Frauen oft in Teilzeit arbeiten, hätten die falschen Berufe und wären weniger karriereorientiert. Aber: Nur weil etwas erklärt werden kann, ist es deswegen noch lange nicht gerecht.

Nüchtern betrachtet, müssten nach einigen Faktoren Frauen sogar mehr verdienen als Männer. So sind sie besser ausgebildet und arbeiten häufiger in großen Unternehmen – beides Aspekte, die in der Regel zu besseren Löhnen führen.

Egal wie man es dreht und wendet: Frauen haben in der Gesellschaft eine andere Position als Männer. Es nützt den Frauen nichts, ihnen zu sagen, dass, wenn sie ein Leben wie Männer führen würden, sie auch keinen Nachteil beim Einkommen hätten. Es müssen die gesellschaftlichen Realitäten verändert werden, um Gleichstellung zu verwirklichen. Dafür braucht es eine engagierte Politik, die gleiche Chancen für Frauen und Männer bei der Ausbildung, am Arbeitsmarkt und bei den Einkommen sicherstellt.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/gender-pay-gap-erklart-ist-nicht-gerecht/

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

awblog.at

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter
facebook.com/arbeitswirtschaft & twitter.com/AundW



Nicht zuletzt

von

Josef Muchitsch

Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, Abgeordneter zum Nationalrat

Heißes Thema Klima

Klimawandel – weltweite Proteste stehen untätigen Staaten gegenüber, Absichtserklärungen folgt keine Umsetzung, während die Menschen immer mehr unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden. Und in Österreich? Da gibt es zwar ein Bewusstsein, trotzdem erreichen wir die notwendigen Sanierungsraten nicht. Trotzdem laufen wir Gefahr, dass wir Milliarden Euro an Strafzahlungen zu leisten haben.

Was Österreich fehlt, ist eine umfassende Strategie zum Klimaschutz. Dazu gehören die rasche Umsetzung von Maßnahmen, die Österreich das Erreichen seiner Klimaziele ermöglichen, und größtmögliche Anstrengungen, auch europa- und weltweit an einem Umdenken mitzuwirken.

Hitzefrei nur für Bauarbeiter?

Andererseits muss es aber auch, da bereits Auswirkungen des Klimawandels zu spüren sind, Maßnahmen geben, um die Menschen in Österreich zu schützen: zum Beispiel jene Beschäftigten, die in großer Hitze im Freien arbeiten müssen, von den Bauarbeitern bis zum Würstelstand-Verkäufer. Für die Bauarbeiter ist es uns in den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen gelungen, die Hitzeregelung bereits ab 32,5 Grad Celsius wirksam werden zu lassen. Die Bauarbeiter sind damit die einzige Berufsgruppe, für die es bereits eine Hitzeregelung gibt.

Hier müssen wir ansetzen. Die Hitzeregelung wird zwar gut angenommen, es gibt leider aber auch „schwarze Schafe“, die ihre Beschäftigten bei Gluthitze einfach weiterarbeiten lassen. Deshalb streben wir an, die Hitzeregelung in ein Gesetz zu fassen, das für alle HitzearbeiterInnen gilt. Auch das ArbeitnehmerInnenschutzrecht muss evaluiert werden. Denn die Erfahrung zeigt, dass schwarze Schafe nur mit einer gesetzlichen Regelung zu mehr Menschlichkeit „erzogen“ werden können.

Enorm steigende Unfallgefahr

Bei überlangen Arbeitszeiten, gerade bei Hitze, steigt die Unfallgefahr enorm an. Deshalb ist eine Arbeitszeitverkürzung zu diskutieren, die nicht nur Arbeitsunfälle, permanenten Arbeitsdruck und damit Gesundheitskosten deutlich reduzieren würde, sondern letztlich auch als ein Mittel der Ökologisierung der Arbeitswelt gesehen wird.

Die Klimafrage ist auch eine soziale Frage. Ein klimabewusstes Leben muss man sich erst einmal leisten können. Einfach CO₂-Steuern einzuführen würde jene am meisten treffen, die z. B. auf ihr Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu pendeln. Es darf nicht dazu kommen, dass gerade diese Menschen überproportional zur Kasse gebeten werden. Hier braucht es Rahmenbedingungen.

Mit der Initiative „Umwelt + Bauen“ ist die Gewerkschaft Bau-Holz gemeinsam mit ihren Partnern nunmehr seit zehn Jahren gegen den Klimawandel aktiv. Wir reden nicht nur, sondern erarbeiten nachhaltige Konzepte. Dabei geht es uns auch darum, dass – trotz Klimaschutz – Wohnen nicht teurer werden darf. Der Sanierungsscheck war ein „Kind“ von „Umwelt + Bauen“ und muss höher dotiert neu aufgelegt werden.

Jobmotor Sanierung

Wir haben die Wohnbauinvestitionsbank ausgearbeitet, die „billiges“ Geld aus der EU für leistbaren Wohnraum und Sanierung abholen hätte sollen. Die vorherige Bundesregierung ließ das fertige Projekt scheitern. Die neue Regierung muss sich all diesen Themen umso stärker widmen. Es ist wesentlich klüger, in Österreich zu investieren, das Klima zu schützen und Arbeitsplätze zu sichern, als Strafzahlungen von bis zu 8,7 Milliarden Euro nach Brüssel zu entrichten. Gerade der Bereich der Sanierung ist ein riesiger Jobmotor. Noch im September werden wir mit unserer Initiative „Umwelt + Bauen“ dazu realisierbare Konzepte präsentieren.

Wir müssen jetzt Geld in die Hand nehmen. Es geht nicht mehr darum, ob wir uns das leisten können, es darf nur mehr darum gehen, dass wir noch heute mit den Investitionen anfangen.

Man kann nicht alles wissen ...

AFL-CIO: AGES: 2002 gegründete staatliche Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit mit Sitz in Wien; sie unterstützt das Management der Bundesministerien in Fragen der öffentlichen Gesundheit, Tiergesundheit, Lebens- und Arzneimittelsicherheit, Ernährungssicherung etc. mit wissenschaftlichen Expertisen. (Seite 16)

Arabischer Frühling: Bezeichnung für eine im Dezember 2010 in Tunesien begonnene Serie von Aufständen und Revolutionen im Nahen Osten und Teilen Nordafrikas. Die Bewegung war mit vielen Hoffnungen verbunden, doch es kam weder zu einer breiten Demokratisierung in der Region, noch gelang es – mit Ausnahme Tunesiens – verfassungsmäßig garantierte und staatlich geschützte Freiheitsrechte durchzusetzen. Im Machtvakuum zerfallender Staaten haben sich al-Qaida und IS ausgebreitet. Die soziale und wirtschaftliche Lage hat sich in den meisten Ländern weiter verschlechtert, fast alle autoritären Regime konnten ihre Herrschaft nach einer Phase der Unsicherheit erneut festigen. Es gibt allerdings Stimmen, die all das nicht als Niederlage, sondern als eine weitere Phase der Revolution ansehen. (Seite 13)

Arbeitsgesetz von 1833: Das vom englischen Parlament 1833 erlassene Fabrikgesetz beschränkte erstmals den Arbeitstag für Kinder: Für 9- bis 13-Jährige auf acht Stunden, für Kinder zwischen 14 und 18 auf 12 Stunden. Kinder unter 9 Jahren sollten die Schule besuchen. (Seite 4)

Biomasse-Anlagen: Anlagen/Kraftwerke, bei denen Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft und aus Abfällen zur Energieerzeugung eingesetzt wird. In Österreich handelt es sich dabei meist um Holz(schnitzel). Vorteil: Es handelt sich um nachwachsende Rohstoffe, Nachteil: Bei deren Verbrennung entsteht u. a. Kohlendioxid. (Seite 26)

CO₂-Äquivalent: beschreibt die mittlere Erwärmungswirkung (das Treibhauspotenzial) einer Substanz über einen bestimmten Zeitraum (meist 100 Jahre). So beträgt etwa das CO₂-Äquivalent für Methan 28. Das bedeutet, dass ein Kilogramm Methan 28-mal stärker zum Treibhauseffekt beiträgt als ein Kilogramm CO₂. (Seite 40)

Contracting: Gemeint ist hier vor allem Energie- oder Wärmecontracting, ein vertraglich vereinbartes Modell zur Umsetzung von Energiedienstleistungen. Diese reichen von der Energieversorgung bis zu umfassenden Einsparmaßnahmen. Der Vertrag wird zwischen einem/r GebäudeeigentümerIn und einem externen Dienstleister (Contractor) abgeschlossen. Die Anlagen werden vom Contractor vorfinanziert. Beim Einspar-Contracting werden Maßnahmen gesetzt mit dem Ziel, die Energieeffizienz eines Gebäudes oder einer Anlage

zu verbessern. Die Einsparungen dienen zur Refinanzierung der Kosten für diese Maßnahmen. (Seite 14)

Dekarbonisierung (Entkarbonisierung): Umstellung der Wirtschaftsweise, speziell der Energiewirtschaft, um Kohlenstoffemissionen zu senken. Das theoretische Ziel ist auf Dauer eine kohlenstofffreie Wirtschaft. (Seite 12)

ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums; der 2005 errichtete EU-Strukturfonds ist Teil der sogenannten zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Bis vor Kurzem profitierten vorwiegend landwirtschaftliche Betriebe von ELER-Förderungen. Für die aktuelle Periode (2014 bis 2020) hat die AK erreicht, dass drei Prozent der ELER-Mittel für Investitionen in soziale Dienstleistungen (z. B. Kinderbildungs- und Pflegeeinrichtungen) zur Verfügung stehen. Dadurch soll das Leben auf dem Land für alle Bevölkerungsgruppen attraktiver werden. (Seite 27)

Key Performance Indicators (KPI): Begriff für Leistungskennzahlen, die zeigen sollen, wie erfolgreich bestimmte Tätigkeiten in Unternehmen ablaufen. Sämtliche Prozesse in Organisationen können anhand von Leistungskennzahlen kontrolliert werden. Anhand von Key Performance Indicators können das Management und das Controlling Abläufe im Unternehmen analysieren. Durch entsprechendes Monitoring können Prozesse und Maßnahmen dann angepasst und optimiert werden. (Seite 23)

Kyoto-Ziel: Die dritte Klimakonferenz, auf der sich die zu diesem Zeitpunkt 168 Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention trafen, fand im Dezember 1997 in Kyoto statt. Ziel war es, Lösungen zu finden, um die durch Menschen verursachte globale Erwärmung zu verlangsamen. Im dabei entstandenen Kyoto-Protokoll, das 2005 in Kraft trat, wurden erstmals verbindliche Ziele und Fristen für Treibhausgas-Emissionshöchstmengen für Industrienationen sowie Strategien und Maßnahmen festgelegt. (Seite 38)

Lithium: Leichtmetall mit geringer Dichte, das in der Natur aufgrund seiner hohen Reaktivität nicht in reiner Form vorkommt. Wie alle Alkalimetalle reagiert elementares Lithium schon in Berührung mit der Hautfeuchtigkeit und führt so zu schweren Verätzungen und Verbrennungen. Verwendung: in (Handy-)Akkus u. ä., in der Atomphysik, in der Medizin etwa zur Therapie bipolarer Störungen. (Seite 6)

Methan: chemische Verbindung (CH₄); farb- und geruchloses brennbares Gas und Hauptbestandteil von Erdgas. Das Treibhausgas hat eine geringere Dichte als Luft, steigt daher in höhere Schich-

ten der Erdatmosphäre auf. Die Halbwertszeit wird auf 12 Jahre geschätzt. (Seite 15)

Photovoltaik: direkte Umwandlung von Licht bzw. Sonnenenergie in elektrische Energie mittels Solarzellen. Mittlerweile ist die Technik so ausge-reift, dass die Stromproduktionskosten durch Solarzellen zum Teil niedriger sind als für Strom aus fossilen Quellen wie Erdgas oder -öl. (Seite 20)

Treibhausgase: Gase, die einen Teil der vom Boden abgegebenen langwelligigen (infraroten) Wärmestrahlung absorbieren, die sonst ins Weltall entweichen würde. Die dabei aufgenommene Energie geben sie entsprechend ihrer lokalen Temperatur ebenfalls wieder als Wärmestrahlung ab. Ohne natürliche Treibhausgase wie etwa Wasserdampf hätte die Erdoberfläche im globalen Mittel nur eine Temperatur von minus 18°C, was Leben auf der Erde kaum möglich machen würde. Durch menschliche Aktivitäten steigen manche Treibhausgase seit Jahrzehnten an und sorgen für verstärkte globale Erwärmung. Dazu zählen Kohlendioxid, Methan, Lachgas (Distickstoffmonoxid), Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) sowie andere hochwirksame Gase mit mehr als 10.000-facher CO₂-Wirkung (z. B. Schwefelhexafluorid) Wichtigstes Treibhausgas ist Wasserdampf. Der Mensch erhöht indirekt den Wasserdampfgehalt in der Atmosphäre, weil durch die globale Erwärmung die Verdunstungsrate steigt. Dabei handelt es sich um den wichtigsten, die globale Erwärmung verstärkenden Rückkopplungsfaktor. (Seite 34)

UN-Nachhaltigkeitsziele: Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (= Sustainable Development Goals, SDGs) sind politische Zielsetzungen (insgesamt 169 Unterziele und 232 Indikatoren) der Vereinten Nationen (UN), die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Die Ziele (z. B. Abschaffung jeglicher Kinderarbeit) wurden in Anlehnung an den Entwicklungsprozess der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) entworfen und sind 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren (bis 2030) in Kraft getreten. (Seite 22)

Weltklimarat (IPCC): Intergovernmental Panel on Climate Change, 1988 gegründete UN-Institution, erhielt 2007 gemeinsam mit Al Gore den Friedensnobelpreis. Der IPCC betreibt keine eigene Forschung, sondern trägt Forschungsergebnisse aus aller Welt zusammen. Die VertreterInnen der aktuell 195 Mitgliedsstaaten kommen mindestens einmal jährlich im Plenum zusammen, an dem auch Beobachterorganisationen und Fachleute teilnehmen. Im Abstand von einigen Jahren werden immer wieder Sachstandsberichte veröffentlicht, zuletzt 2019 ein Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme. (Seite 10)



Gewerkschaften und die Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand / Mag.^a Kathrin Niedermoser (Hrsg.)

Mit Beiträgen von Ulrich Brand, Hubert Eichmann, Beate Littig, Kathrin Niedermoser, Astrid Segert, Michael Soder, Sigrid Stagl und Hendrik Theine

Zeitgeschichte / 204 Seiten

EUR 19,90 / ISBN 978-3-99046-283-6

Die ökologische Krise, allen voran der Klimawandel, rückt immer stärker ins Zentrum gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Gewerkschaften und die Interessen von ArbeitnehmerInnen spielen jedoch in den aktuellen sozial-ökologischen Debatten und Politiken meist eine untergeordnete Rolle. Das Buch geht der Frage nach, wie es gelingen kann, Gewerkschaften bei der Formulierung von sozial-ökologischen Strategien zu stärken. Dabei werden bereits bestehende gewerkschaftliche Erfahrungen und Projekte und ein detaillierter Einblick in das Spannungsverhältnis zwischen gewerkschaftlicher Praxis und sozial-ökologischen Anforderungen aufgezeigt.

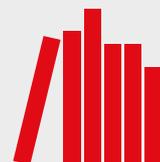
VERSANDKOSTENFREI BESTELLEN IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136





DIGITALISIERUNG: GESTALTEN WIR MIT!

Die AK Wien sucht die besten Ideen für die digitale Arbeitswelt der Zukunft. Mit dem Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 werden Projekte mit ArbeitnehmerInnen im Fokus gefördert.

Gesucht werden Initiativen, Impulse und Tools: für mehr Mitsprache im Unternehmen, innovative Gestaltung von Arbeitsplätzen und Abläufen oder auch für vorausschauende Weiterbildung.

- Jetzt Projekte einreichen!
- Einreichfrist: 8. Oktober 2019

Wer kann einreichen?

Egal ob Betriebsrat, ArbeiterIn, Universität, EntwicklerIn oder Unternehmen. Alle sind eingeladen, über die digitale Zukunft der Arbeitswelt nachzudenken und Projekte einzureichen.

Wie hoch sind die Förderungen?

Zwischen 2.000 und 200.000 Euro. Projekte von Unternehmen oder Gebietskörperschaften werden zu maximal 50 Prozent des Projektvolumens gefördert.

Alle Infos online:

Unterstützung zur Ideenfindung, bisherige Projekte, Infos zur Förderungsvergabe und Leitfragen, um erste Ideen zu skizzieren auf wien.arbeiterkammer.at/digifonds.

wien.arbeiterkammer.at/digifonds

Büro für Digitale Agenden der AK Wien | digifonds@akwien.at | 01/501 65-12398



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW